

# Newsletter 2023-11, zusammengestellt von Dr. Helmut Pöltelt

## Inhaltsverzeichnis

0. S.1 **Kurz-Essay von Dr. Pöltelt zu den Beiträgen**
1. S.3 **Es steht schlimm um unser Land** - von Dr. Martin Lindner Astrid Haussmann Eckehard Göring, Vorstand der Bürger für Technik e.V.
2. S.5 **Die perversen, bornierten und betrügerischen ethischen Grundsätze der ESG** - von Paul Driessen 10. März 2023
3. S.8 **POLITIK & MEDIEN: Sie Lügen und Lügen und Lügen ....** - von Max Erdinger 13. März 2023
4. S.12 **Wegen Klima: EU will Hausbesitzer zur Sanierung zwingen** - Deutsche Wirtschaftsnachrichten,
5. S.14 **Chinas Weltmacht-Ansprüche und seine neue Richtung** - von Paola Subacchi 11. März 2023
6. S.19 **Schicksal der Ukraine** - von Ivan Katchanovski - Das Bild, das im Westen von Wolodymyr Selenskyj gezeichnet wird, hat so wenig mit der Realität zu tun wie die russische Propaganda. Seit seinem Amtsantritt 2019 hat er sich stark verändert.
7. S.21 **Das russische Fernsehen über die Unsinnigkeit der neuen Nord-Stream-Legende** - von Thomas Röper, 13. März 2023
8. S.26 **Putin, der Ukraine-Krieg und das Völkerrecht** - von Prof. Dr. Stephan Sander-Faes - tkp.at, 06. März 2023
9. S.32 **Bröseln die Unterstützung der Ukraine seitens der Biden-Regierung?** von Florian Rötzer, 13. März 2023
10. S.35 **Lagebericht Ukraine: Xi will mit Putin und Selenskiy sprechen** - Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 13.03.2023
11. S.36 **Anschlag auf die Demokratie** - von Margit Osterloh und Bruno S. Frey - Deutsche Aktivisten der «Letzten Generation» rufen nach Bürgermitsprache in der Klimapolitik. Sie sehen darin ein Instrument, um ihre radikalen Ziele diktatorisch umzusetzen.
12. S.38 **Wohin auswandern?** von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.

----- Original Nachricht -----

Betreff: Die WELTWOCHE Nr. 11/2023 vom 16.März 2023 - Auszüge u.a.

Datum: 20.03.2023 12:01 (GMT +01:00)

Von: Dr. Helmut Pöltelt <He.Poeltelt@t-online.de>

An: He.Poeltelt@t-online.de

**Liebe Leserinnen und liebe Leser,**

**in dieser Ausgabe serviere ich Ihnen anspruchsvollere und möglicherweise auch schwerer verdauliche Informationskost als gewöhnlich, aber ich denke, nach der Lektüre werden Sie die Mühe nicht bedauern.**

**Wie die meisten Menschen wissen, steht ESG für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Steuerung von Unternehmens- und Gesellschaftsangelegenheiten. Das sind alles edel klingende Ziele. Unter ESG geht es jedoch um fortschrittliche, zukunftsweisende Ziele, wobei die Verhinderung von „vom Menschen verursachten Klimakatastrophen“ an erster Stelle steht. Gigantisches Fondsvermögen wird verwendet, um „Netto-Null“-Klimaprogramme voranzutreiben und Unternehmen, die fossile Brennstoffe nutzen, zu bestrafen oder aus der Finanzierung zu nehmen. Mit den öffentlich-rechtlichen Medien und zahllosen Influenzern und ihre Followern werden realitätsferne Sachverhalte in die Hirne argloser Menschen implantiert. Die Folgen sind schwer abzusehen.**

**Wenige Dinge der jüngsten Vergangenheit – außer Corona – sind so „kontroversiell“ wie der Konflikt in der Ukraine. Was den meisten wohl kaum bekannt sein dürfte, war die Existenz der**

**OSZE-Beobachtermission entlang der Waffenstillstandslinie und die Tatsache, dass Russland sich auf das Völkerrecht (Art. 51 der UN-Charta) berief, um den Militäreinsatz zu rechtfertigen. Eine mit "Fußnoten" versehene Sachverhaltsdarstellung zum aktuellen Konflikt, die zu dessen Einordnung unverzichtbar ist. Der Beitrag bringt uns der "ganzen Wahrheit" deutlich näher als erwünscht.**

**Der Aufstieg Chinas war die Erfolgsgeschichte der vergangenen drei Jahrzehnte. Doch die Hoffnungen, dass China sich nahtlos in die vom Westen dominierte Weltpolitik integriert, schwinden allmählich. In welche Richtung entwickelt sich China stattdessen? Sicherlich als Komponente einer multipolaren Welt.**

**Alles, was sich unter der Überschrift "Klimaschutz" versammelt, mausert sich mehr und mehr zu einer Klimadiktatur. Alexander Wallasch im Interview mit Hans-Georg Maaßen.**

**Bachmut, Nord Stream, Angriffe auf Russland und die Krim: Es mehren sich die Zeichen, dass Washington nach Auswegen aus dem Krieg sucht.**

**Das russische Fernsehen hat - mit viel ironischem Humor - aufgezeigt, warum die Legende über die "pro-ukrainische Gruppe", die angeblich die Nord Streams gesprengt hat, unrealistischer Unsinn ist.**

**Niemand wehrt sich – Das ist das eigentlich Erschreckende. Alexander Wallasch im Interview mit Dr. Maaßen.**

**Lagebericht Ukraine: Xi will mit Putin und Selenskij sprechen. Berichten zufolge plant Chinas Staatschef Gespräche mit beiden verfeindeten Regierungen. Lesen Sie alle weiteren wichtigen Meldungen zum Krieg im Liveticker.**

**Wegen Klima: EU will Hausbesitzer zur Sanierung zwingen. Weil die EU bis 2050 „klimaneutral“ werden will, plant sie eine Pflicht zur Sanierung von „ineffizienten“ Gebäuden. Viele Deutsche werden dadurch ihr Haus verlieren.**

**Deutsche Aktivisten der «Letzten Generation» rufen nach Bürgermitsprache in der Klimapolitik. Sie sehen darin ein Instrument, um ihre radikalen Ziele diktatorisch umzusetzen. Diesen Anschlag auf die Demokratie muss die Zivilgesellschaft vereiteln.**

**Das Bild, das im Westen von Wolodymyr Selenskyj gezeichnet wird, hat so wenig mit der Realität zu tun wie die russische Propaganda. Seit seinem Amtsantritt 2019 hat er sich stark verändert.**

**Die letzten beiden Beiträge beschäftigen sich mit den Märchen, Lügen und Narrativen in Politik und Medien, mit denen die Bürger seit Jahren indoktriniert werden. Da zwei unterschiedliche Quellen zu fast den gleichen Erkenntnissen kommen, sollte ein Alarmzeichen für unsere freiheitliche Demokratie sein. Lesen Sie selbst !**

**Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Helmut Pöltelt**

XXX

## **Es steht schlimm um unser Land,**

**denn bei folgenden Themen fahren wir uns fortgesetzt mit Volldampf an die Wand (bzw. haben dies getan), zerstören unser soziales Gefüge / Zusammenhalt, unsere freiheitliche Demokratie und unseren Wohlstand durch in Kauf genommene oder gar gewollte / angewiesene De-Industrialisierung.**

**von Dr. Martin Lindner Astrid Haussmann Eckehard Göring  
Vorstand der Bürger für Technik e.V.**

**1. Energie-Utopien** - die sogenannten „erneuerbaren Energien“ (glorifizierender Propaganda-Begriff, im Dissens mit dem 1. Hauptsatz der Thermodynamik) aus Wind und Sonne können die etablierten Kern- und Kohlekraftwerke gut ergänzen, aber nicht ersetzen (wie wir von BfT- Bürger für Technik e.V. schon seit 1999 proklamieren), da wir für Menschen, Haushalte, Industrie und fast alle privaten wie staatlichen Einrichtungen Energie bedarfsgerecht brauchen, also dann wenn sie benötigt wird, nicht dann wenn zufällig (nein lokal klima-bedingt) gerade Wind hinreichend stark weht und / oder die Sonne hinreichend intensiv scheint, denn wir können Strom nur in geringer Menge speichern - das ist die Realität und alles andere Ideologie-Utopien.

**2. Klima-Lügen** - das Klima (gemittelte / durchschnittliche Gesamtheit aller Wetterereignisse, die über einen längeren Zeitraum in einem größeren Gebiet stattfinden) gibt es nicht, es war nie konstant, weder örtlich noch zeitlich, hat sich schon immer gewandelt im Laufe der Zeit, und zwar gravierend, von Kalt-/ Eiszeiten, die erst einige tausend Jahre zurückliegen, mit zwischenzeitlichen weniger ausgeprägten Kalt- und Warmzeiten, bis hin zur Zeit der Dinosaurier, als es mehrere Grad wärmer und der CO<sub>2</sub>-Gehalt um ein mehrfaches größer war als heute s. z.B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Klimageschichte>. Dass CO<sub>2</sub> mit einem Anteil von nur ca. 0,04% in unserer Atmosphäre / Luft nur ein Spurengas ist, wie man z.B. bei <https://de.wikipedia.org/wiki/Luft> sofort verifizieren kann, wird aus gutem Grund verschwiegen, denn dann würden auch viele Laien erkennen, dass es keine menschengemachte Klimakatastrophe / Treibhauseffekt durch CO<sub>2</sub> gibt / geben kann. Die CO<sub>2</sub>-Konzentration läuft vielmehr stets natürlichen Temperatur-Änderungen hinterher und der menschengemachte Anteil ist schlicht unbekannt\*. Auch diese ideologische Propaganda führt zur Deindustrialisierung Deutschlands, wie auch der wenigen anderen (europäischen) Länder, die anders als Afrika, China, Indien ... diesen Unsinn nicht mitmachen und uns keinesfalls als Vorreiter sehen, sondern als verblendete unbelehrbare Narren.

**3. Zerstörung unser Natur** durch Abholzung ganzer Wälder für immer mehr Windräder, die die etablierten Kern- und Kohlekraftwerke nicht ersetzen können, da wir die Energie bedarfsgerecht brauchen, also dann wenn sie benötigt wird, nicht wenn gerade Wind weht und wir den Strom nur in geringer Menge speichern können (s. 1.). Dazu erzeugen die Windräder nur dann ihre Nennleistung, wenn der Wind genau stark genug weht, bei weniger Wind sinkt die Stromausbeute nicht etwa linear, sondern zur dritten Potenz der Windgeschwindigkeit, so dass Windräder höchst ineffizient sind. Man müsste stattdessen Bäume pflanzen um CO<sub>2</sub> zu reduzieren, denn diese binden bekanntlich CO<sub>2</sub> bei der Photosynthese, während die Windräder offenbar das Mikro-Klima negativ ändern - Wolken werden durch Wind weitergetragen, sonst kommt es zu Platzregen an einigen Orten, an anderen Trockenheit. Thermodynamik: Wenn man einem System Energie entzieht, ändert man etwas, wenn dies signifikant ist. Der Energieentzug durch die Windräder in Deutschland am Gesamtwind geht gemäß <https://www.youtube.com/watch?v=RzC41jBxflo> 39min Prof. Dr. Gerd Ganteför Ist WIND eine unerschöpfliche Energiequelle? | #54 Energie und Klima (Dank an Herrn Dipl.-Ing. Kapteinat für den Link) in den zweistelligen Prozentbereich - verrückte Klima-Ideologie-Utopien vs. Realität.

**4. Bildung** - wie Bürger für Technik e.V. auf seiner Homepage <https://buenger-fuer-technik.de/bildung-schule/> zu unserem Thema Nr. 1 schreibt: Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Unseren Wohlstand verdanken wir dem „Rohstoff“ Bildung, insbesondere im Bereich Natur- und Ingenieurwissenschaften, also den MINT-Fächern. Gerade in diesen, also auch in Mathematik, Informatik und Technik, nimmt aber das Bildungsniveau an unseren Schulen und damit die Kenntnisse der Schüler, seit Jahren immer weiter ab. Dies braucht eine Kurskorrektur, die beinhaltet, dass schon bei unseren Kindern

eigenständiges Denken (vernunftbezogen) und selbstständiges, kritisches Schlussfolgern wieder vermehrt im Vordergrund stehen. Unabhängig vom Geschlecht ... Erschreckend, wie stark das Bildungsniveau der Schüler in den vergangenen ca. 30 Jahren abgesunken ist! Von Mathematik und Rechtschreibung über Sprachkenntnisse bis hin zur Allgemeinbildung. Nicht nur unsere Beobachtung bei z.B. Studenten, sondern auch gemäß lautstarkem Beklagen von Ausbildungsbetrieben. Als Paradebeispiel für Unsinn reden und nachplappern, offenbar ohne solides Wissensfundament fiel mir spontan Annalena Baerbock ein, Jahrgang 1980, also gar nicht mehr so jung - wobei es sicher auch an ihrem persönlichen Intellekt liegt. Peinlich ihre permanenten Wissenslücken - hart gesagt der Unsinn den sie bei verschiedensten Themen verzapft - „der Strom wird im Netz gespeichert“ als für mich schlimmstes Beispiel; dazu ihr so schlechtes Englisch, obwohl sie doch ihren Master in England gemacht hat, ihre ständigen Versprecher sind da noch ein eher kleines Übel ... Laut Wikipedia hätte sie sich besonders für Kinder, Familien und Bildung eingesetzt: „Baerbock forderte während der COVID-19-Pandemie in Deutschland Verbesserungen für Kinder und Familien. So forderte sie zur Bewältigung der Coronakrise einen Anspruch auf Kinderbetreuung für Alleinerziehende, eine Notbetreuung an allen Schulen und Kitas und ein „Corona-Kindergeld.“ So der vollständige Absatz „Pandemiepolitik“ in [https://de.wikipedia.org/wiki/Annalena\\_Baerbock](https://de.wikipedia.org/wiki/Annalena_Baerbock). Tatsächlich waren die Grünen, angeführt von ihrer Vorsitzenden und Spitzenkandidatin Baerbock die Partei, die sich am unnachgiebigsten für die Schul- und Kindergartenschließungen aussprachen und mit sozialistischen 100% im Bundestag für das „Infektionsschutzgesetz“, das die Regierungen dazu ermächtigte, all die „Corona“-Maßnahmen machen zu können, stimmten - und damit Bildung und Kinderseelen weiter stark zusetzte. Es gilt dieses aufzuarbeiten - das Unrecht und den zusätzlichen Bildungsrückstand gerade bei benachteiligten Schülern so weit möglich wettzumachen. Und wenn die Schüler weniger indoktriniert werden und mehr selber kritisch denken, wird auch das Phänomen, dass junge Menschen meinen sie könnten und würden die Welt vor dem größten aller Übel, dem (für die Photosynthese unerlässlichen) CO2 retten, enden.

**5. Gesundheitssystem** - kaputt-gespart, tief korrupt und der zum Bock gemachte Gärtner Lauterbach soll es richten. Sollte er als Gesundheitsökonom (nicht Mediziner) eigtl. können; nur ist er selber schon bevor er als Ober-Corona-Warner permanent Angst und Panik verbreitete, über neueste weitere mögliche Virusmutationen und die so effizienten und nebenwirkungsfreien mRNA-„Impfstoffe“, als Pharma-Lobbyist Teil des Schmiersystems gewesen. Wir brauchen auch auf diesem Ministerposten endlich einen fachkundigen, integren Menschen, vorzugsweise einen Mediziner, der sich dem hippokratischen Eid verpflichtet fühlt und im Interesse der Menschen / uns Bürgern handelt und umgestaltet. Es gilt endlich die Angestellten im Gesundheitswesen fair zu bezahlen, auch die Ärzte für geleistete Arbeit statt Fallpauschalen, Medikamente zu fördern, die wirksam und günstig sind und solche auszulisten, die anstatt kranken Menschen zu helfen nur Unternehmensgewinne fördern.

**6. Schäden der „Corona“-Maßnahmen** - Mittel- und langfristige Folgen auf die Gesundheit der Menschen - physisch wie psychisch - insbesondere bei unseren Kinder, dazu deren Lernrückstände (s. 4.) und die (volks)wirtschaftlichen / persönlichen Schäden - zahlreiche Insolvenzen etc. vor dem BfT schon im April 2020 im Einklang mit anderen Selbstdenkern / echten Experten - wir möchten hier Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Wolfgang Wodarg, Prof. Stefan Homburg, Dr. Wolfgang Kubicki und Prof. John Ionnidis nennen - warnten - ja, man konnte dies wissen / voraussehen, s. [http://www.aktionaere-fuer-technik.de/CoronaSpecialI\\_Schreiben280420xswx.pdf](http://www.aktionaere-fuer-technik.de/CoronaSpecialI_Schreiben280420xswx.pdf) . Es gilt nun die völlig überzogenen (jetzt allgemeiner Konsens) „Corona-Lockdowns“ / -Maßnahmen, aufzuarbeiten - moralisch und finanziell, auf dass das sich das mit den rechtswidrigen Einschränkungen unser Grund- und Persönlichkeitsrechte nicht so oder ähnlich wiederholt.

**7. „Corona“-Impfschäden** - wie von uns und anderen schon 2021 vorausgesagt, lassen sich schwere anhaltende Impfschäden und Impftote (nicht Long Covid) nicht mehr kleinreden ... s.u., Epoch Times: Genbasierte „Impfstoffe“ – das Pharma-Verbrechen des Jahrhunderts? , Reitschuster.de (s. Anhang) ... auch diesbezüglich ist eine umfassende Aufarbeitung mit Entschädigungen und Strafen notwendig. Dazu werden noch weitere Informationen folgen.

**8. Kriegsschäden gegen Deutschland** - Durch die Kriegsmaßnahmen gegen Russland, also Sanktionen und Waffenlieferungen, wieder unter dem Label: "Wir sind die Guten" und dass unsere „Freunde“ ob nun aus den USA oder der Ukraine, zum Dank dafür, dass wir mitmachen und Waffen liefern, die für uns elementaren Nordstream 1 und 2 Gaspipelines gesprengt haben, werden die Schäden von 1. Energie-Utopien noch erheblich verschärft.

Was tun unsere Verantwortlichen - Nichts was real Abhilfe verschafft, nur Symbolpolitik; Entschädigungen zu wenig, an die Falschen und wer soll das alles letztendlich bezahlen? Die normale Bevölkerung bleibt alleine mit Strom- und Gasrechnungen, die viele nicht mehr bezahlen können, Betriebe machen dicht, Mittelständische und Selbstständige insolvent - nicht nur mal eben, wie „Experte“ (für Kinderbücher) und Wirtschaftsminister Habeck meinte. Großindustrie, die es kann, wandert ab - dauerhaft dahin wo Energie günstiger ist. Der Morgenthau-Plan wird real - und wie lange noch, bis wir ganz im Krieg oder Bürgerkrieg angelangt sind? Im Grunde sind wir zumindest Ersteres schon. Aber vlt. ist das ja der Plan?

**Deutschland wird an die Wand gefahren - allerhöchste Zeit zur schleunigen Umkehr**

**Sie sind gefordert, die richtigen Entscheidungen zu treffen - für unser Land und unsere Menschen / Bürger - für unser Land Schaffende und unsere Zukunft - unsere Kinder! Wenn Sie das nicht tun / schaffen, wird der Lauf der Geschichte über Sie hinweg fegen.**

**Wir setzen unseren (friedlichen) Kampf für Frieden und Freiheit in Wohlstand ... sichere Energieversorgung ... Fakten und Wahrheit statt Propaganda / Lügen fort und sind zuversichtlich, dass wir mit Vernunft und Wahrheit obsiegen werden.**

<https://buerger-fuer-technik.de>

\*: Das lässt sich mit Fakten-Details an verschiedensten Stellen nachlesen, bei den (finanziell und ideologisch) unabhängigen angeblich nur 3%, tatsächlich aber wohl eine Zehnerpotenz mehr (30%), Wissenschaftlern / Fachleuten, s. z.B. <https://eike-klima-energie.eu/> und weitere auf <https://buerger-fuer-technik.de/links-2/> ... die den sogenannten "Experten" Paroli bieten.

**Die perversen, bornierten und betrügerischen ethischen Grundsätze der ESG**

**Gepostet von Chris Frey, 10.März 2023**

**Paul Driessen**

Warnung: Ihr Rentenfonds wurde möglicherweise von BlackRock oder anderen Wall-Street-Vermögensverwaltern unterschlagen, die einseitig beschlossen haben, dass die zig Billionen Dollar an Geld anderer Leute, die sie kontrollieren, zur Förderung der von ihnen favorisierten politischen Ziele verwendet werden sollten – um „die Welt zu einem besseren Ort zu machen“.

**Wie die meisten Menschen wissen, steht ESG für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Steuerung von Unternehmens- und Gesellschaftsangelegenheiten. Das sind alles edel klingende Ziele.** Unter ESG geht es jedoch um fortschrittliche, zukunftsweisende Ziele, wobei die Verhinderung von „vom Menschen verursachten Klimakatastrophen“ an erster Stelle steht. Das Fondsvermögen wird verwendet, um „Netto-Null“-Klimaprogramme voranzutreiben und Unternehmen, die fossile Brennstoffe nutzen, zu bestrafen oder aus der Finanzierung zu nehmen.

Dieser enge Fokus führt zu ernststen Problemen. Diese Billionen von Dollar sollen passiv in Index- und andere Fonds investiert werden, die treuhänderisch dazu verpflichtet sind, maximale Renditen für staatliche, kommunale, betriebliche und private Renten- und Investitionskonten zu erzielen. Bei den ESG-Fonds werden jedoch allzu oft hohe Renditen geopfert, um politisierten Zielen zu dienen, oft in Absprache mit Regierungen, Aktivisten und anderen Finanzinstituten und somit auch unter [Verletzung](#) von Kartellgesetzen und grundlegenden ethischen Prinzipien.

Aus diesem Grund ist der Vermögensverwalter [Vanguard](#) vor kurzem aus der von der UNO geförderten „Glasgow Financial Alliance for Net Zero“ ausgetreten. In der Zwischenzeit ziehen [Arizona](#), [Florida](#), Kentucky, [Louisiana](#), [Missouri](#), North Carolina, [Texas](#), [West Virginia](#) und andere US-Bundesstaaten Dutzende von Milliarden Dollar aus BlackRock, State Street und anderen Wall-Street-Vermögensverwaltungsfirmen ab, weil sie ihre treuhänderischen Pflichten verletzt haben. Das ist nur die Spitze des Eisbergs dieses Betrugs.

Wachsame ESG-Praktiker verwenden auch enge ES&G-Definitionen, um Tugendhaftigkeit zu signalisieren, hochtrabende Reden zu halten und vorgeschriebene Agenden aufzulegen, ohne sich um die Konsequenzen zu kümmern. Wenn die „existenzielle Bedrohung durch den vom Menschen verursachten Klimawandel“ das Hauptargument ist, werden die enormen Probleme, die mit dem Ersatz fossiler Brennstoffe durch „saubere erneuerbare Energien“ verbunden sind, einfach ignoriert, unterdrückt und aus der Analyse herausgefiltert.

Die Realitäten der Menschen und des Planeten müssen unbedingt in jede ethische ESG-Analyse einbezogen werden!

**Schutz der Umwelt.** Anstatt nur die Temperaturen, Stürme, Dürren, den Anstieg der Meere und andere Umweltbelastungen zu betrachten, die Klimamodelle fälschlicherweise den Emissionen fossiler Brennstoffe zuschreiben, muss eine genaue und ehrliche ESG-Analyse auch die enormen ökologischen Auswirkungen von Wind-Solar-Batterie-Energiesystemen (WSB) bewerten, die angeblich Öl, Gas und Kohle ersetzen werden.

WSB-Systeme und die dazugehörigen Übertragungsleitungen entstehen nicht von selbst, sondern durch Materialbeschaffung für den globalen industriellen Wandel (*Materials Acquisition for Global Industrial Change*, MAGIC. „Magic“ steht im Englischen für „Zauberei“. A. d. Übers.). Sie erfordern Bergbau in noch nie dagewesenem Ausmaß. Allein für Präsident Bidens erste Serie von Offshore-Windturbinen wären 110.000 Tonnen [Kupfer](#) erforderlich, die aus 25.000.000 Tonnen Erz raffiniert werden, nachdem 40.000.000 Tonnen Abraum entfernt wurden – plus Millionen Tonnen Eisen, Mangan, Aluminium, Nickel, Beton, Kunststoffe und andere Materialien ... aus Milliarden von Tonnen Erzen.

Um die gesamte Stromerzeugung aus Kohle und Gas in den USA durch WSB zu ersetzen – plus Benzinfahrzeuge und Gasöfen – wären Zehntausende von Windturbinen, Milliarden von Solarmodulen, Milliarden von Batteriemodulen für Fahrzeuge und Notstromspeicher sowie Tausende von Kilometern an neuen Übertragungsleitungen erforderlich. Hat BlackRock den Bedarf an Erzen und Minen dafür berechnet? Für einen globalen Übergang?

All diese Turbinen, Paneele, Module, Übertragungsleitungen, Minen, Verarbeitungsanlagen und Fabriken müssen irgendwo untergebracht werden. Haben die ESG-Potentaten festgelegt, in wessen Hinterhof sie stehen werden? (Haben sie die Auswirkungen auf die Landschaft, die Lebensräume, die Greifvögel und andere [Wildtiere](#), die Luft- und Wasserverschmutzung durch die Minen und andere Betriebe, die Wahrscheinlichkeit, dass die vom [Aussterben](#) bedrohten Gattwale durch die [Windkraftanlagen](#) vor der US-Atlantikküste in den Tod getrieben werden, bewertet?

Erhalten all diese WSB-Minen, Gießereien, Fabriken und Auswirkungen überhaupt (offensichtlich negative) ESG-Bewertungen?

**Soziale Gerechtigkeit.** Die ESG-Theologie geht davon aus, dass die Armen und farbige Menschen am meisten unter dem Klimawandel leiden. In Wirklichkeit profitieren sie am meisten davon, dass es reichlich zuverlässige, erschwingliche Brennstoffe und Elektrizität gibt – für Autos, Arbeitsplätze, moderne Häuser, zum Kochen, Heizen und Klimatisieren. Tatsächlich geht es den Armen und Farbigen in Großbritannien und Europa, wo der „Übergang zu grüner Energie“ in vollem Gange ist, nicht besonders gut.

Mehr als sieben Millionen britische Haushalte sind in diesem Winter in „[Energiearmut](#)“ geraten, und es wurden spezielle „Wärmestuben“ eingerichtet, um den Menschen zu helfen, das eisige Wetter zu überstehen. Jüngste Schlagzeilen warnen davor, dass es in Großbritannien in diesem Winter zu landesweiten Stromausfällen, umfangreichen Fabrikschließungen und Entlassungen kommen könnte. In Deutschland decken sich Familien mit [Kerzen](#) ein, um wenigstens lesen zu können, während sie arbeitslos in ihren Wohnungen frösteln.

Es sterben Menschen, die Krankheiten und Vorerkrankungen überlebt hätten, wenn sie nicht so verarmt, unterkühlt und mangelernährt gewesen wären. In den USA haben 14 % der Senioren

Mahlzeiten [ausgelassen](#), und 10 % haben im Jahr 2022 aufgrund der stark steigenden Energie-, Lebensmittel- und sonstigen Preise medizinische Behandlungen verschoben oder abgesagt oder verschreibungspflichtige Medikamente rationiert. Ehrliche ESG-Bewertungen würden auch all dies berücksichtigen.

Die Entwicklungsländer brauchen dringend verlässliche, erschwingliche Elektrizität, um Arbeitsplätze zu schaffen, Familien aus der Armut zu befreien, Häuser, Schulen und Krankenhäuser zu modernisieren, sauberes Wasser bereitzustellen und Holz und Tierdung zum Kochen und Heizen zu ersetzen. Auch heute noch sterben Millionen von Eltern und Kindern an Atemwegs- und Darmerkrankungen, die in wohlhabenden Ländern unbekannt sind, weil sie keinen Strom haben.

Die ESG-Bewertung ignoriert all dies, verhindert aktiv Investitionen in Kraftwerke für fossile Brennstoffe in afrikanischen und anderen Ländern und versucht, die Finanzierung auf Wind- und Solarenergie und die Arbeitsplätze und Lebensstandards zu beschränken, die diese begrenzte, wetterabhängige Energie unterstützen kann. **Das ist kaum ethisch oder sozial verantwortlich.**

**Steuerung von Unternehmens- und Gesellschaftsangelegenheiten.** ESG-Aktivisten und Finanzinstitute arbeiten mit Unternehmen, Bundes-, Landes- und Kommunalregierungen zusammen, um der Klimakrisen-Agenda zu dienen und Investitionen aus den fossilen Brennstoffen in „erneuerbare“ Energien zu lenken. Im Grunde ist dies [Faschismus](#), ein Wirtschaftssystem, in dem die Regierung nicht die Produktionsmittel besitzt, sondern sie durch Gesetze, Politik und Vereinbarungen mit Finanzinstituten, Unternehmen, Aktivisten, Medien und der Wissenschaft kontrolliert.

Ebenso problematisch ist, dass ESG unweigerlich dazu führt, dass sich die modernen Industrienationen zurückentwickeln, da ihre Fabriken und Arbeitsplätze nach China, Indien und in andere Länder abwandern, die im Rahmen von Klimavereinbarungen nicht verpflichtet sind, ihren Kohle- und Erdgasverbrauch in absehbarer Zeit zu reduzieren, und auch nicht die Absicht haben, dies zu tun, und die weiterhin [rekordverdächtige](#) Mengen Kohle verbrennen, um zuverlässigen und erschwinglichen Strom zu gewährleisten.

Dies wirft auch beunruhigende Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit auf, da die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten immer abhängiger von chinesischen Fabriken und chinesisch kontrollierten Lieferketten für Wind-, Solar-, Batterie-, Transformator-, Kommunikations-, Computer-, Gesundheits- und sogar Verteidigungs-/Waffenrohstoffe und -technologien werden.

ESG-Befürworter spielen diese Bedenken herunter, während sie ignorieren, dass die steigende Nachfrage nach Rohstoffen im Rahmen der Netto-Null-Agenda die Preise für immer knapper werdende Rohstoffe in die Höhe treiben und damit die Energieinfrastrukturen und Volkswirtschaften von Nationen auf der ganzen Welt gefährden würde.

Da kommen einem die Worte Betrug und Schwindel in den Sinn. Aber ein noch besserer Begriff hat seinen Ursprung in China – Shanghai: die Anwendung von Tricks, Einschüchterung oder Gewalt, um jemanden zu zwingen, seiner Marine ... oder seinem Unternehmen zu dienen. In diesem Fall zwingt der ESG-Druck Investoren, Unternehmen und Länder dazu, den Interessen der chinesischen Regierung und des Unternehmenssektors zu dienen, die die Lieferketten und die Herstellung von Technologien jeder Art, insbesondere im Energiesektor, kontrollieren. Auch die ESG-Bewertungen schenken dem keine Beachtung.

**Tatsächlich scheinen BlackRock, State Street, andere ESG-Firmen und ihre Verbündeten aus Regierung und Umweltschutz darauf bedacht zu sein, unseren Planeten mit „grüner“ Energie zu zerstören, um ihn vor Katastrophen durch fossile Brennstoffe zu bewahren, die in Klimamodellen und fieberhaften Vorstellungen existieren (wie in „Die Erde hat Fieber“) ... aber nicht in der realen Welt.**

***Paul Driessen is senior policy advisor for the Committee For A Constructive Tomorrow ([www.CFACT.org](http://www.CFACT.org)) and author of books and articles on energy, environmental and human rights issues.***

**Link: <https://cornwallalliance.org/2023/02/esgs-perverse-narrow-fraudulent-ethical-principles/>**

XXX

## POLITIK & MEDIEN: SIE LÜGEN UND LÜGEN UND LÜGEN ....

Von Max Erdinger, 13. März 2023



Clown

Nation Germany (Symbolbild:Pixabay)

An manchen Tagen fragt man sich, weshalb es die Beleidigungsklage des Bürgers gegen einen anderen Bürger immer noch gibt, weil man sich nicht erklären kann, wo die Beleidigungsfähigen abgeblieben sind. Es scheint sich um eine kleine Minderheit zu handeln, die sich von Politik & Medien nicht länger mehr implizit beleidigen lassen will. Wenn Sie von Politik & Medien tagtäglich angelogen werden, dann ist das eine implizite Beleidigung. Es wird Ihnen zugemutet, jeden noch so durchsichtigen Schwachsinn für wahr zu halten. Die Kernaussage dahinter: *“Bürger, du bist eine strunzdumme Sau.”* Das ist eine Beleidigung. Wahrscheinlich haben die Lügner selbst den Verdacht, daß sie implizit Souveränsbeleidigung betreiben, würden aber ungern zugeben, daß sie es mit ihrer notorischen Lügenhaftigkeit tatsächlich tun.

Zunächst: Es ist sinnlos, von Lügen und Wahrheiten zu sprechen, da es die Lüge und die Wahrheit so wenig wie die Freiheit und die Gerechtigkeit im Plural gibt. Es gibt keine Vielzahl der Lügen, sondern es gibt eine Vielzahl behaupteter Sachverhalte, die alle eines gemeinsam haben: Sie sind gelogen. Es gibt *“die Lüge”*, nicht *“eine Lüge”* (von vielen). Analog gilt das für die Wahrheit. Es gibt die Kolportierung tausend verschiedener Sachverhalte, die entweder wahr sind oder eben nicht. Wahrheiten gibt es nicht.

### **Narrative und Märchen**

Die Unterstellung, es gäbe verschiedene Lügen und unterschiedliche Wahrheiten, ermöglicht es erst, das *“Narrativ”* in den Raum zu stellen. Das *“Narrativ”* – die *“Erzählung”* also – ist das Resultat einer Vermischung von Lüge und Wahrheit zu *“Meinung”*. Das *“Narrativ”* wird auf Basis der Meinung konstruiert, kommt also ohne die Kriterien von Lüge und Wahrheit aus. Früher nannte man das Narrativ unter Umständen auch ein *“Märchen”*. Das Narrativ bewirkt eine Verwischung der Grenze zwischen Realität und Phantasiewelt.

Bezeichnenderweise stammt ausgerechnet von Angela Merkel das Credo, man müsse die Dinge vom Ende her denken. An irgendeinem Punkt in der Zukunft sollen die Dinge so sein, wie man sie heute gern hätte. Das heißt, die jeweilige Gegenwart zwischen jetzt und dem Punkt in der Zukunft muß per Narrativ ständig dem Fernziel angepaßt werden. Das Narrativ zum Beispiel: Windräder sind gut.



Begründung: Sie dienen der Erreichung eines Ziels, das gut ist. Das ändert aber nichts daran, daß Windräder in der Gegenwart der letzte Scheißdreck sind. Ihr Segensreichtum ist lediglich im Traum von einer "besseren Zukunft" zuhause. In der Gegenwart fallen aber die Kosten für ihre Herstellung, ihren Transport, ihre Errichtung und die Schäden an Heimat, Flora und Fauna an. Mit diesen Kosten und den Schäden müssen die Leute heute leben, nicht später. Die Leute von heute werden später überhaupt nicht leben, weil sie altern und sterben. Die Befürworter von Opfern der Anderen zugunsten einer "besseren Zukunft", die von den heute Lebenden keiner mehr erleben wird, leben selbst aber recht komfortabel in der Gegenwart. Sie "verdienen" ihr Geld heute und geben es auch heute aus.

### **Gelogene Vielfalt**

1. **"Der Klimawandel ist menschengemacht."** – Dieses Narrativ lebt grundsätzlich vom Glauben an die Allmacht des Menschen. Wenn man sich die Erdgeschichte mit ihren teils drastischen Klimaänderungen anschaut und die Zeiträume betrachtet, innerhalb welcher sie sich vollzogen haben, und dann noch bedenkt, dass fast die gesamte Erdgeschichte eine ohne den Menschen gewesen ist (grob 4.500 Millionen Jahre Erdgeschichte vs. 1/2 Million Jahre Mensch), dann offenbart der Schnack vom menschengemachten Klimawandel nichts weiter als die Existenz von menschlicher Hybris. Von den Dinosauriern behauptet der Mensch gern, sie seien "dumm" gewesen. Zugleich behauptet er aber, sie hätten mehrere -zig Jahrmillionen lang auf Erden existiert. Wer letztlich "der Dümmer" gewesen sein wird, Mensch oder Dinosaurier, läßt sich also allenfalls in ein paar -zig Millionen Jahren feststellen. Von den heute Lebenden wird diese Feststellung keiner mehr treffen. Ob die Menschheit existiert oder nicht, hängt nicht von ihr selbst ab.
2. **"Der Ukrainekrieg ist Putins unprovokierter Angriffskrieg".** – Das ist einfach gelogen, und daß es gelogen ist, läßt sich binnen einer halben Stunde hieb- & stichfest nachweisen. Meinungen dazu sind absolut überflüssig.
3. **"In der Ukraine werden westliche Werte verteidigt."** – Das genaue Gegenteil ist der Fall. Mit und in der Ukraine werden sämtliche westlichen Werte beerdigt.
4. **"Wer Nordstream 1 & 2 gesprengt hat, bleibt mysteriös."** – Diese Behauptung ist nachgerade grotesk. Noch grotesker ist das Narrativ von der "pro-ukrainischen Gruppe" russischer Putin-Gegner, die mit einer gemieteten 15-Meter-Jacht rausgefahren sein sollen, um die Pipelines zu sprengen. So unverblümt wie mit diesem "Narrativ" ist dem eigentlichen Souverän noch nie implizit erklärt worden, daß man ihn für blöder hält als zehn Meter Feldweg.

### **Immer das Gegenteil ist wahr**

1. **"Das E-Auto ist umweltfreundlich."** – Das E-Auto ist weder umweltfreundlich noch ist es eine Alternative zum Verbrenner. Das E-Auto ist eine zeitliche Zwischenerscheinung vom motorisierten Individualverkehr hin zu dessen Abschaffung.
2. **"Die Impfstoffe gegen Covid sind sicher."** – Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Verträge der Hersteller mit der EU offenbaren, daß die Hersteller vor nichts mehr Angst hatten, als davor, für die katastrophalen Nebenwirkungen der "Impfungen" haftbar gemacht zu werden, eben weil sie wussten, daß sie nicht sicher sind.
3. **"Die deutsche Regierung vertritt die Interessen der Deutschen."** – Die deutsche Regierung vertritt alle möglichen Interessen außer den deutschen.
4. **"Die USA sind unsere Verbündeten & Partner."** – Nein, die USA sind nicht unsere "Verbündeten & Partner", sondern unsere Kolonialherren. Daß Deutschland ein besetztes Land sei, wurde von Barack Obama behauptet – und es wird nicht dadurch zur Verschwörungstheorie, daß es Wladimir Putin ist, der die Behauptung Obamas wiederholt.

### **An der Realität führt kein Weg vorbei**

1. **"Es gibt mehr als zwei Geschlechter."** – Eine komplett schwachsinnige Behauptung. Es gibt zwei Geschlechter und jedes weitere ist eine Befindlichkeit. Befindlichkeit und Geschlecht sind nicht dasselbe.
2. **"Deutschland ist eine Demokratie."** – Falsch. Wegen der Vielzahl gelogener Sachverhalte, die der Scheindemokrat für wahr hält, müsste die Demokratie eine Regierungsform der

Realitätsverleugner sein, wodurch sie sich automatisch als untauglich erweisen würde, überhaupt eine Regierungsform zu sein. An der Realität führt kein Weg vorbei, auch kein *“demokratischer”*. Im Übrigen beweist schon der Umgang des polit-medialen Komplexes mit den Dissidenten, daß die Deutschen nicht in einer Demokratie leben, sondern in der Gesinnungsdiktatur ausgesprochener Utopisten.

3. **“Es gibt eine toxische Männlichkeit.”** – Grotesk! Was es eventuell gibt, wäre eine Weiblichkeit, die dadurch selbst toxisch wird, daß sie behauptet, es gebe eine toxische Männlichkeit.

4. **“Westliche Frauen sind benachteiligt und werden unterdrückt.”** – Die Lüge überhaupt.

**“Der ‘Sturm auf das Kapitol’ am 6. Januar 2021 war ein Umsturzversuch von Trump-Anhängern.”**

– Falsch. Der *“Sturm auf das Kapitol”* war eine Inszenierung, eine sogenannte *False-Flag-Aktion*. Die jüngst veröffentlichten Videos aus den zahlreichen Überwachungskameras im Inneren des Gebäudekomplexes beweisen das unwiderlegbar. Die *“Erstürmung des Wrschtlpfrmpff”* ist ein Narrativ jener westlichen Antidemokraten, die mit diesem Narrativ totalitäre Maßnahmen gegen Dissidenten scheinbegründen wollen. Es gab auch keine versuchte *“Erstürmung des Reichstags”* im Rahmen der Coronademonstrationen in Berlin (abgewandelt zu *“Erstürmung der Reichstagstreppe”*) – und auch in Brasilien gab es keine *“Erstürmung des Parlaments”*, die allerdings etwas anderes gewesen wäre als eine Kopie jener *False-Flag-Aktion*, die bereits am 6. Januar 2021 zum Vortrag gekommen ist.

**“Man muß der Wissenschaft glauben.”** – Nein. Muß man nicht. Weil es schon *“die Wissenschaft”* nicht gibt. Es gibt die Akademie der Wissenschaften. Es gibt Wissenschaftler, die sich kaufen lassen und solche, die unbestechlich sind. In der Corona-Pandemie wurden nachweislich solche Wissenschaftler mundtot gemacht, diffamiert und als *“umstritten”* bezeichnet, die sich nicht kaufen lassen wollten.

**“Die Qualitätsmedien sind unabhängig.”** – Nein, die selbsternannten Qualitätsmedien sind nicht unabhängig. Sie erfüllen auch nicht ihre Aufgabe als vierte Gewalt. Sie dienen der Propaganda der oben genannten Utopisten.

**“Bild” dir deine Meinung**

1. **“Überhöhte Geschwindigkeit war die Unfallursache.”** – Nein. Die Unfallursache war, daß jemand in Abhängigkeit von verschiedensten Parametern in einer konkreten Situation schneller gefahren ist, als er das in dieser konkreten Situation hätte tun sollen. Ursächlich für den Unfall war ein Fahrer, nicht die Geschwindigkeit. Stellvertretend für viele weitere Beispiele die nachfolgende Beichte in der Presse, unter der Schlagzeile *“Der Alkohol hat mein Leben zerstört.”* – Falsch. Richtig: *“Ich habe mit dem Alkohol mein Leben zerstört.”* Auffällig: Wenn es angesichts winterlicher Straßenverhältnisse wegen *“überhöhter Geschwindigkeit”* zu *“zahlreichen Unfällen”* kommt, dann kommt es bei der Bahn trotz derselben Verhältnisse nicht wegen *“überhöhter Geschwindigkeit”* zum Zusammenprall mit quer über den Gleisen liegenden Baumstämmen. Ein solcher Zusammenprall erfolgt dann wegen der Schneelast, unter welcher die Bäume auf die Gleise gefallen sind. Für den Lokführer scheint es keine *“überhöhte Geschwindigkeit”* zu geben, noch nicht einmal bei winterlichen Verhältnissen.
2. **“Jeder Mensch konstruiert sich seine eigene Realität.”** (das Erste Axiom der Sozialpsychologie). – Falsch. Allenfalls läßt er sich eine Meinung bilden. Der *“Bild”-Slogan*: *“BILD Dir deine Meinung”* ist seiner Perfidie wegen teuflisch genial. Die zutreffende Übersetzung des Slogans: Kauf dir unser Presseerzeugnis, ernähre dadurch unsere Redakteure und bilde dir nebenbei auch noch unsere Meinung.
3. **“Die Erosion der inneren Sicherheit hat mit der Migrationspolitik nichts zu tun.”** – Falsch. Wenn dem so wäre, dann hätte auch der Raucherhusten nichts mit dem Rauchen zu tun. Menschen aus dem islamischen Kulturkreis sind nicht *“auch nur Menschen wie wir”*. Sie sind lediglich – wie wir auch – Menschen. Menschen wiederum weisen durchaus kulturelle Inkompatibilitäten auf. Das macht zwar niemandem zum *“Untermenschen”*, aber dennoch ist es generell sinnvoll, miteinander Unverträgliches voneinander getrennt zu halten. Der gläubige Moslem hat Werte, der *“Westwertler”* behauptet lediglich, daß er welche hätte. Das verträgt sich nicht. Wir Deutschen sind nicht der Lehrmeister der Welt – und umgekehrt ist die Welt nicht unser Lehrmeister. *“Mia san mia”* – und die anderen san die anderen.

## Aktivisten sind Terroristen

1. **“Klimakleber sind Aktivisten.”** – Falsch. Klimakleber sind Terroristen, weil sie ihre Mitmenschen terrorisieren. Und Nötigung ist Nötigung ungeachtet des dahinterstehenden Motivs.
2. **“Wir haben Rede- und Meinungsfreiheit.”** – Nur bedingt richtig. Rede- und Meinungsfreiheit haben wir nur in dem Umfang noch, in dem es den Gegnern der Rede- und Meinungsfreiheit (noch) nicht möglich ist, sie komplett abzuschaffen, da selbst sie in ihr Kalkül einbeziehen müssen, daß wir gefälligst Rede- und Meinungsfreiheit zu haben hätten. Wohin die Reise geht, konnte jüngst in Kanada beobachtet werden, einem Land, das mindestens so *“freiheitlich”* ist wie die Bundesrepublik. Dort wurde ein katholischer College-Student für seine Behauptung verhaftet, es gebe nur zwei Geschlechter. In Deutschland gibt es eine **“Meldestelle Antifeminismus”**, ganz so, als ob es ein Unrecht sei, Antifeminist zu sein. Ist es nicht. Im Grunde sollten alle Antifeministen mit einer *“Verdienstmedaille Philanthropie”* ausgezeichnet werden.
3. **“Die ganze Welt beneidet uns Deutsche.”** – Falsch. Es dauert nicht mehr lange – und die ganze Welt lacht sich scheckig über uns Deutsche.

Die Liste ließe sich schier beliebig verlängern. Aber auch so wird schon klar, was die Bundesrepublik tatsächlich ist: Eine riesige Freiluftklapse, in dem Realisten von Traumtäänzern in Geiselnhaft genommen worden sind. Die deutsche Demokratie ist inzwischen der Patientenmitbestimmung in der Irrenanstalt nicht ganz unähnlich. Man erkennt es an den Resultaten. Die wirkliche Regierungsform in Deutschland ist eine Kakistokratie oder auch eine Ineptokratie, eine Herrschaft der Unfähigsten über die wahren Leistungsträger, ergänzt um eine Medienblase, die propagandistisch dafür sorgt, daß diese Ineptokratie auch weiterhin von einer Mehrheit für eine Demokratie gehalten werden muß. Übrigens: Wem noch nicht aufgefallen ist, daß in Georgien allerweil eine Wiederholung des Euro-Maidan von Kiew 2014 läuft, der kann nicht der Hellste sein. Das ist ein US-gesteuerter Putsch.

## Dumbing down Germany

Die Offensichtlichkeit, mit der fundamentale Entscheidungen im vermeintlichen Interesse der Deutschen in Wahrheit von außen gesteuert werden als tatsächliche Entscheidungen gegen die Deutschen, läßt sich erkennen am Agieren der Bundesregierung im Ukrainekrieg. Das ist entlarvend. Eine Feindschaft zwischen Deutschen und Russen ist niemals im Interesse der Deutschen. Sie kann es gar nicht sein. Eine solche Feindschaft ist ganz allein im Interesse der Vereinigten Staaten. Deshalb ist es auch unwahrscheinlich, daß es nur dieser Krieg ist, in dem wir Deutschen bevormundet werden. In diesem Zusammenhang sind die folgenden abschließenden Sätze bedenkenswert. Angeblich sollen sie über dem Eingangportal einer südafrikanischen Universität in Stein gemeißelt worden sein, vermutlich noch zu Apartheitszeiten.

*“Es braucht keine Atombomben oder Langstreckenraketen, um eine Nation auf der Welt zu zerstören. Es genügt, die Qualität der Bildung zu senken und Studenten bei Prüfungen schummeln zu lassen. Patienten sterben durch die Hand solcher Ärzte. Gebäude stürzen durch die Hand solcher Ingenieure und Architekten ein. Geld geht durch solche Ärzte und Wirtschaftswissenschaftler verloren. Die Gerechtigkeit verschwindet durch die Hände solcher Anwälte und Richter. Der Zusammenbruch der Bildung ist der Zusammenbruch der Nation.”* – Gerade was den letzten Satz betrifft: Wer wollte da nicht an Annalena Baerbock denken, an Luisa Neubauer, Emilia Fester, Ricarda Lang, die Klimakleber, die grüne Jugend, die Jusos – und die ganzen vor Blödheit in der Einbildung strotzenden Kommentare, die tagtäglich in den sozialen Netzwerken zu lesen sind? – Na eben. **“Dumbing down Germany!” (Deutschland verdummen!) scheint der Slogan der Deutschlandabschaffer schon seit Jahrzehnten gewesen zu sein – und der Slogan “Lasst uns das Weltklima retten!” ist eine der Folgen davon.**

xxx

## Wegen Klima: EU will Hausbesitzer zur Sanierung zwingen

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN, 14.03.2023

Weil die EU bis 2050 „klimaneutral“ werden will, plant sie eine Pflicht zur Sanierung von „ineffizienten“ Gebäuden. Viele Deutsche werden dadurch ihr Haus verlieren.



Die EU will die Sanierung von Gebäuden zur Pflicht machen. Wer die Kosten nicht tragen kann, verliert sein Haus. (Foto: dpa)

Das EU-Parlament hat für strengere Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden gestimmt. Konkret sollen Wohngebäude bis 2030 mindestens die Energieeffizienzklasse "E" und bis 2033 die Energieeffizienzklasse "D" erreichen. Ähnlich wie bei Haushaltsgeräten soll die Energieeffizienz auf einer Skala von "A" bis "G" angegeben werden. Zudem sprachen sich die Abgeordneten am Dienstag mit 343 Stimmen dafür, 216 dagegen und 78 Enthaltungen dafür aus, dass ab 2028 nur noch Häuser gebaut werden sollen, durch die quasi keine zusätzlichen Treibhausgase ausgestoßen werden.

Damit haben die Abgeordneten den Weg für Verhandlungen mit den EU-Staaten über das Vorhaben frei gemacht. Die nationalen Regierungen hatten sich schon im Oktober auf ihre Position geeinigt.

Das Vorhaben war zuletzt wegen möglicher hoher Kosten für Hausbesitzer kontrovers diskutiert worden. "Das wird Hauseigentümer überfordern", sagte etwa Markus Pieper von der CDU. Die deutsche EU-Abgeordnete Jutta Paulus von den Grünen betonte hingegen: "Ziel für die anstehenden Verhandlungen ist es, den Energieverbrauch von Gebäuden massiv zu senken und den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schonen."

Der Europaabgeordnete Jens Geier hob nach der Abstimmung hervor, dass der Weg zur Klimaneutralität sozial sein müsse. "Finanziell schwächere Haushalte sollen vor Kostendruck geschützt werden. Das sieht der Richtlinienentwurf ausdrücklich vor", so der SPD-Politiker. Der CDU-Abgeordnete und Sozialpolitiker Dennis Radtke sieht das anders: "Es gibt offenkundig keine Antenne für die sozialen Realitäten mehr."

### Warum gibt es Kritik?

Es steht die Befürchtung im Raum, dass etwa hohe Sanierungskosten auf viele Hausbesitzer zukommen könnten. «Wir können die Kosten im Kampf gegen den Klimawandel nicht auf Omas Häuschen abwälzen», kritisiert etwa der CDU-Europaabgeordnete Dennis Radtke. Die Grünen-Parlamentarierin Jutta Paulus sagt hingegen, Ziel sei es, den Energieverbrauch von Gebäuden deutlich zu senken und so den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schonen.

Der Präsident des Eigentümerverbands Haus & Grund, Kai Warnecke, warnt vor einem dramatischen Wertverlust gerade bei älteren Gebäuden. Die EU-Kommission betont hingegen, dass sich Renovierungen etwa durch weniger Energieverbrauch auf lange Sicht auszahlen.

### **Wie viele Gebäude wären betroffen?**

Angaben der EU-Kommission zufolge wären bei einer Renovierung von Stufe «G» auf «F» etwa 30 Millionen Gebäudeteile, dazu zählen etwa Wohnungen, in der EU betroffen. Bei den in Klasse «G» eingestuftten Gebäuden handelt es sich den Angaben zufolge um die 15 Prozent der Gebäude eines Landes, die am ineffizientesten sind.

In Deutschland wird die Energieeffizienzklasse noch auf einer Skala bis «H» angegeben. Deswegen und weil sich an den konkreten Plänen auch noch Aspekte ändern können, betont Haus & Grund, dass man den Umfang nur schätzen könne. Demnach könnten in Deutschland mehr als sieben Millionen Eigenheime betroffen sein, hinzu kämen rund 7,2 Millionen Wohnungen.

### **Wie teuer werden die Sanierungen?**

Konkret hängt das vom Einzelfall ab. Jakob Grimm, Referent bei Haus & Grund, rechnet auf Grundlage der neuen Regeln zunächst eher mit Einzelmaßnahmen. Das könnten bessere Fenster, neuere Heizungen oder eine bessere Dämmung sein.

Für die Sanierungen soll aber auch Geld aus EU-Töpfen bereitgestellt werden. Ende 2021 hieß es vonseiten der Kommission, dass bis 2030 bis zu 150 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt zur Verfügung stünden. Das Parlament spricht sich auch dafür aus, dass die EU-Staaten den Zugang zu Zuschüssen und Finanzierungen erleichtern sollten.

### **Gibt es Ausnahmen?**

Der im Europaparlament für das Vorhaben federführend zuständige Grünen-Abgeordnete Ciarán Cuffe betonte am Dienstag, dass dies vorgesehen sei. Als Beispiele nannte er kleine Gebäude unter 50 Quadratmetern, religiöse oder denkmalgeschützte Gebäude und solche, die nur vorübergehend genutzt werden, wie zum Beispiel Ferienhäuser. Einer Mitteilung des Parlaments zufolge könnten die EU-Staaten aber auch selbst weitere Ausnahmen erlauben, «je nachdem, ob die Renovierungen wirtschaftlich und technisch durchführbar und qualifizierte Arbeitskräfte verfügbar sind.»

### **Was passiert bei Verstößen gegen die Vorgaben?**

Das steht noch nicht fest. Cuffe betonte, dass die EU-Staaten dafür verantwortlich seien, mögliche Strafen festzulegen. Generell gilt, dass die EU-Kommission gegen ein Land, das gegen EU-Recht verstößt, ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren gegen den entsprechenden Staat einleitet und der EuGH am Ende eine Geldstrafe verhängen könnte.

### **Warum sieht die EU-Kommission Handlungsbedarf?**

Das Vorhaben geht auf einen Vorschlag der EU-Kommission zurück. Sie hatte diesen vorgelegt, etwa weil Gebäude ihren Angaben zufolge für rund 40 Prozent des Energieverbrauchs und rund ein Drittel der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich sind. Wenn Häuser besser gedämmt sind oder moderne Heizungen verwendet werden, kann das den Energiebedarf senken.

Die geplante Gesetzesänderung ist Teil des Klimapakets «Fit for 55», mit dem die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden sollen. Zudem sollen Bewohnerinnen und Bewohner durch geringeren Verbrauch vor sprunghaften Kosten durch Energiepreise geschützt werden.

### **Wie geht es weiter?**

Mit der Abstimmung im EU-Parlament sind die Pläne noch nicht beschlossen. Die EU-Staaten und das Europaparlament müssen noch einen Kompromiss finden, bevor die Vorgaben in Kraft treten können. Diese Verhandlungen ziehen sich in der Regel mindestens über mehrere Monate. Cuffe hofft jedoch, noch bis Mitte des Jahres einen Kompromiss zu finden. Änderungen an dem Vorhaben sind weiterhin möglich. (dpa)

xxx

## Chinas Weltmacht-Ansprüche und seine neue Richtung

PAOLA SUBACCHI, 11.03.2023

Der Aufstieg Chinas war die Erfolgsgeschichte der vergangenen drei Jahrzehnte. Doch die Hoffnungen, dass China sich nahtlos in die vom Westen dominierte Weltpolitik integriert, schwinden allmählich. In welche Richtung entwickelt sich China stattdessen?



Xi Jinping, Chinas Staats- und Parteichef, gibt seine Stimme ab während einer Sitzung des Nationalen Volkskongresses (NVK) im Rahmen der Jahrestagung des NVK in der Großen Halle des Volkes. (Foto: dpa)

Der Aufstieg Chinas war die bestimmende Story der vergangenen drei Jahrzehnte. Keine Analyse der internationalen Volkswirtschaft oder Politik kann ihn ignorieren. Doch im Laufe der Zeit hat sich die Diskussion verlagert. Vor 2017 wurde weithin die Ansicht vertreten, dass sich China zu einem „verantwortungsvollen Stakeholder“ in den internationalen Einrichtungen entwickeln würde, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden waren und den Kalten Krieg überlebt hatten. Inzwischen jedoch sorgen sich viele, dass China „ein illiberaler Staat [sei], der die Führung in einer liberalen Weltordnung übernehmen möchte“, wie der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Bank von England Paul Tucker in seinem Buch *Global Discord* formuliert. Die Frage ist daher, wie freiheitliche, marktwirtschaftliche Demokratien mit einem derartigen Staat umgehen sollten, wenn sich dieser zu einer systematisch bedeutsamen Macht entwickelt.

Keins der vier hier betrachteten Bücher gibt darauf eine überzeugende Antwort – was freilich daran liegen könnte, dass die China-Frage keine derartige Antwort zulässt. Stattdessen bietet jeder der Verfasser ein klares Narrativ der Verwandlung Chinas vom armen Entwicklungsland zum wichtigsten globalen Konkurrenten des Westens. Womöglich am wichtigsten ist dabei der Vorsprung, den China inzwischen bei hochmodernen Technologien wie Telekommunikation, Fintech und künstlicher Intelligenz erlangt hat. Dies sind sämtlich Wirtschaftszweige mit großer strategischer Bedeutung nicht nur für die künftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch für die internationale und nationale Sicherheit.

Um zu verstehen, warum China nicht länger auf dem Weg ist, ein „verantwortungsbewusster Stakeholder“ innerhalb der Weltwirtschaft zu werden, muss man sich Chinas Vorteil in diesen Bereichen bewusst machen. Chinas Führung hat schlicht keinen so starken Anreiz mehr wie früher, mit und in einem US-geführten System zu leben.

## Wandel der Zeiten

Was Chinas langfristigen strategischen Kurs angeht, sind einzelne, vorübergehende Ereignisse weniger wichtig als die Umsetzung des Gesamtplans. Dieser Prozess verläuft zwangsläufig allmählich und in kleinen Schritten, gemäß der in der modernen Ära von Deng Xiaoping populär gemachten chinesischen Redensart, wonach die chinesische Führung „den Fluss überqueren [solle], indem sie die Steine ertastet“. Die Wendepunkte dabei sind nicht immer offensichtlich und lassen sich manchmal erst mit deutlicher Verzögerung erkennen.

Man denke an das Jahr 2016, als China, das damals die rotierende Präsidentschaft der G20 innehatte, in herausragender Weise die Rolle des „verantwortungsbewussten Stakeholders“ spielte. In jenem September fügte der Internationale Währungsfonds den Renminbi zu dem Währungskorb hinzu, der seiner globalen Reservewährung, den Sonderziehungsrechten (SZRs), zugrunde liegt. Er stellte ihn damit auf eine Ebene mit dem Dollar, dem Euro, dem Pfund Sterling und dem japanischen Yen. Wie Andrew Small vom German Marshall Fund in *The Rupture* beschreibt, witzelte US-Präsident Barack Obama damals, dass China mit dem Start des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors womöglich eine Verantwortung für den Umgang mit einem Land übernehmen könnte, das den Amerikanern seit Langem Kopfschmerzen bereite.

Die seitdem vergangenen Jahre waren chaotisch. Als Donald Trump 2017 ins Weiße Haus einzog, nahm seine Regierung eine aggressive Haltung gegenüber Chinas positiver Handelsbilanz mit den USA ein und **beschuldigte** das Land offiziell der „Währungsmanipulation“ (ein Vorwurf, der später **zurückgezogen** wurde). Doch war die bilaterale Handelsbilanz natürlich nicht das wahre Problem (wie alle, die Trumps ökonomisches Analphabetentum verspotteten, betonten). Das Problem war vielmehr, dass China seit langem einen asymmetrischen Zugang zu den Märkten in den USA und Europa (einschließlich des Vereinigten Königreichs) genossen hatte und dass der globale Wettlauf um die Vorherrschaft bei fortschrittlichen Technologien an Fahrt gewann.

Die internationale Integration durch Handels- und Finanzflüsse hatte zwei Jahrzehnte lang das globale Wirtschaftswachstum befeuert, doch schien der Prozess an seine Grenzen zu geraten. China war inzwischen nicht mehr bloß ein wichtiger Exporteur preiswerter, arbeitsintensiver Bekleidungs- und Elektronikartikel; es hatte sich zu einem Wettbewerber in kapitalintensiven strategischen Branchen entwickelt. Während die westlichen Politiker den Wettbewerb in Branchen mit geringer Wertschöpfung tolerieren konnten – und einige diesen sogar als Methode ermutigten, um „Strukturenreformen“ in den hochentwickelten Volkswirtschaften anzustoßen (ein Argument, das sowohl Small als auch Tucker zerpflücken) –, sollten Wirtschaftszweige weiter oben auf der Wertschöpfungskette außerhalb der Reichweite Chinas bleiben.

Eine eindrucksvolle Illustration dieses Wandels war Chinas fraglose Vorreiterrolle bei der 5G-Telekommunikationstechnologie. Wie Small akribisch genau aufzeigt, bringen die jüngsten Konflikte darüber, wer in Europa 5G bereitstellen sollte, die globale Dynamik der Fortschritte Chinas bei hochmodernen Technologien auf den Punkt. Eine Auswirkung bestand in einer Spaltung des Westens. Die USA und ihre europäischen Partner vertraten unterschiedliche Ansichten über die von der chinesischen Technologie ausgehenden Herausforderungen für Wirtschaft und Sicherheit.

Zum Beispiel ließen sich Deutschland, das stark vom Handel mit China abhängig ist, und das Vereinigte Königreich, das sich auf den Brexit vorbereitete, beide dazu verleiten, die mit einem Kauf ihrer 5G-Netzwerke bei Huawei verbundenen Risiken zu missachten. Insbesondere die britische Regierung beharrte darauf, dass von Huawei keine bedeutsame Sicherheitsbedrohung ausging und es das beste Preis-Leistungs-Verhältnis böte, was sie freilich in einen deutlichen Konflikt mit den USA brachte. Letztlich gab das Vereinigte Königreich seine Position auf, was laut Small auf die „umfassendste je [von den USA] unternommene Mobilisierung politischer Ressourcen zu einem mit China verknüpften Problem“ zurückzuführen war.

## Ein Land im Lockdown

Der bisher letzte Wendepunkt kam mit Chinas Umgang mit der COVID-19-Pandemie. Zunächst vereitelten die Versuche der chinesischen Behörden, den Ausbruch abzustreiten und zu vertuschen, die beste Chance auf eine koordinierte internationale Reaktion, die die Welt hatte. Dann kam die unglückliche „Null-COVID“-Politik des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, die zu höherer Inflation und einem deutlich verlangsamten Wirtschaftswachstum in China beitrug und die Führung des Landes weiter aus dem Gleichschritt mit den USA und Europa brachte.

Die Pandemie führte daher dazu, dass China isolierter war als seit vielen Jahren. Seit Anfang 2020 war es von der übrigen Welt abgekoppelt; bis diese Woche unterlagen alle Besucher des chinesischen Festlands einer obligatorischen zehntägigen Quarantäne. Die Folge, so Tucker, waren „ein asymmetrischer Rückgang der Nachrichtenflüsse von Ost nach West“ und ein Zusammenbruch des wechselseitigen Vertrauens.

Chinas Bemühungen zum Schutz seiner Bevölkerung vor dem Virus angesichts qualitativ minderwertiger Impfstoffe, einer Regierung, die sich weigert, wirksamere westliche Impfstoffe zu nutzen, und einer viel niedrigeren Impfquote als in den USA und der EU haben den bereits zuvor zunehmenden Trend zur Wendung nach innen noch verstärkt. So ist es etwa im Vergleich zu den Jahren vor 2017 für US-amerikanische und europäische Wissenschaftler viel schwieriger geworden, mit ihren chinesischen Kollegen zusammenzuarbeiten. Und mit wachsender internationaler Isolation ist China zu Hause deutlich rigider und autoritärer geworden.

Innovative private Unternehmen mit hochmodernen Technologien und der Fähigkeit, staatseigene Unternehmen aus dem Feld zu schlagen, werden nun in ihrer Entwicklung behindert. Die meisten dieser Emporkömmlinge entstanden und florierten in der Zeit vor 2017, als die chinesische Führung noch immer mit den neuen digitalen Technologien – den sozialen Medien, dem elektronischen Handel und dem mobilen Banking – und ihren Auswirkungen auf die politische Stabilität rang. Zu den bekanntesten Erfolgsgeschichten gehören die chinesischen Technologie-Konglomerate Tencent und Alibaba. Beide sind in den letzten Jahren **ins Visier** der chinesischen Behörden geraten.

### **Ein System innerhalb des Systems**

In einer Rede auf dem Bund Finance Summit am 24. Oktober 2020 **kritisierte** Jack Ma, damals einflussreicher Gründer von Alibaba und reichster Mensch Chinas, die politische Führung seines Landes offen wegen ihrer seiner Ansicht nach überzogenen Regulierung. „Innovation risikofrei zu machen bedeutet, sie zu ersticken“, warnte er zu Recht. Doch der Ton seiner Rede war problematisch, und er hatte das politische Klima unter Xi eindeutig falsch eingeschätzt. Der Freiraum für öffentliche Debatten war seit 2014, als Ma die Monopolmacht der chinesischen Großbanken erfolgreich in Frage gestellt hatte, erheblich kleiner geworden.

Ma zahlte einen hohen Preis für seine Offenherzigkeit. Wie Martin Chorzempa vom Peterson Institute for International Economics in *The Cashless Revolution* anmerkt, war Mas Auftritt auf dem Bund Summit die womöglich „kostspieligste Rede in der Geschichte“. Nur wenige Tage später wurde der mit Spannung erwartete Börsengang von Alibabas Finanzsparte, der Ant Group, plötzlich blockiert. Mit einer Bewertung von **313 Milliarden Dollar** war es der größte je geplante Börsengang. Doch er sollte nicht sein. Ants Führungskräfte wurden vor die chinesischen Aufsichtsbehörden gezerrt, und Ma (dessen persönliche Beteiligung sich auf etwa 27 Milliarden Dollar belief) verschwand für **drei Monate** von der Bildfläche.

Diese Ereignisse schockierten die Welt und untergruben die Wahrnehmung der Anleger von China als einem sicheren Ort, um Geschäfte zu machen, erheblich. Ants Marktwert ist seitdem zusammengebrochen (auf rund **70 Milliarden Dollar**), und es bleibt ein privates Unternehmen, das kurzfristig kaum Aussicht auf einen Börsengang hat. Chorzempa kommt nach akribischer Rekonstruktion der zu Ants Niedergang führenden Ereignisse zu dem Schluss, dass Chinas Aufsichtsbehörden zutiefst besorgt waren über die von Tencent und Alibaba angehäuften Macht. Die beiden „Super-Apps“ dieser Unternehmen (die jeweils eine Suite grundlegender Dienste wie Messaging, Einkaufen und Bezahlung umfassen) verschafften ihnen enorme Mengen an personenbezogenen Daten und die damit verbundene Macht. 2013, nur zwei Jahre nach ihrem Start, hatte Tencents App WeChat bereits **270 Millionen Nutzer**.

Zudem hatten Finanzinnovationen es beiden Unternehmen ermöglicht, kurzfristige Kredite in außergewöhnlich praktischer Manier anzubieten, was sie (insbesondere im Falle von Ant) zu direkten Konkurrenten der staatlich kontrollierten Banken machte und eine potenzielle Bedrohung für die Finanzstabilität schuf. Sie hatten es geschafft, ein neues System innerhalb des Systems aufzubauen, und betrachtet man die Implikationen dieser Leistung, überrascht es nicht, dass die Aufsichtsbehörden Mas Rede als Chance nutzten, um wieder die Kontrolle zu übernehmen.

Wie Chorzempa zeigt, beruhte der Erfolg von Alibaba und Tencent darauf, dass sie das Problem digitaler mobiler Zahlungen gelöst hatten. Plötzlich ließen sich Smartphones überall in Chinas



Großstädten zum Bezahlen für Waren und Dienstleistungen nutzen – und das zu einer Zeit, als kontaktlose Zahlungen per Kreditkarte in Europa noch als hochfortschrittlich galten.

Wie für Nachzügler typisch, übernahm China neueste Technologie und übersprang eine Zwischenstufe, an der die bestehenden Platzhirsche noch immer festhielten. 2008 wurden nur rund 10 Prozent der Zahlkarten in China regelmäßig genutzt, und ausländische Kunden mussten oft mühsam den einen Laden im Viertel suchen, der ein Kreditkartenterminal hatte (oder wurden aufgefordert, einen handschriftlichen Visa-Beleg zu unterschreiben). Doch schon 2010 hatte Alipay **500 Millionen** Nutzer, die pro Tag Transaktionen im Volumen von zwei Milliarden Renminbi (290 Millionen Dollar) tätigten. Das machte es zum weltgrößten Online-Zahlungsunternehmen noch vor PayPal.

### **Zuerst kommt die Partei**

In jenen Jahren vor 2017 bot China ein ideales Fintech-Umfeld. Der „Schattenbankensektor“ – ein unregulierter, oft von den Banken selbst betriebener Kreditkanal – bot einen wachsenden Markt für neue Finanzprodukte. Es bestand eine hohe Nachfrage nach Anlageinstrumenten, die höhere Renditen boten als der offizielle Bankensektor, wo schlecht verzinsten Ersparnisse zu günstigen Zinsen an staatseigene Unternehmen weitergeleitet wurden. Die kredithungrigen privaten Unternehmen lernten die Flexibilität der neuen Blockchain-Technologien schätzen, die zudem genutzt wurden, um Millionen von Chinesen ohne Kredithistorie Zugriff auf Kredite zu verschaffen.

Alibaba und Tencent schafften es, diesen Markt zu besetzen, lange bevor die chinesischen Aufsichtsbehörden allzu besorgt wurden. Nach Chorzempas Schätzung vergingen zwischen der Einführung der neuen Finanzprodukte und den ersten Regulierungsmaßnahmen etwa sieben Jahre. In der Zwischenzeit erhielten Alipay und WeChat Pay neue Genehmigungen, und die Eintrittsbarrieren zum Finanzsektor wurden abgebaut. Es gab keine robusten Datenschutzbestimmungen für personenbezogene Daten, da Chinas bruchstückhafte und in sich widersprüchliche Datenschutzgesetze auf die Fintech nicht klar anwendbar waren. Finanzreformer wie Zhou Xiaochuan, der von 2002 bis 2018 Chef der chinesischen Notenbank war, sahen die Fintech als den Funken an, der zur Reform des breiteren Finanzsektors benötigt wurde.

Angesichts weiterhin wohlwollend gleichgültiger Aufsichtsbehörden trieben die Fintech-Unternehmen die neuen Technologien weiter voran, und das mit schwindelerregendem Erfolg. 2017 war China der weltgrößte und fortschrittlichste Markt für das digitale Finanzgeschäft. Laut Chorzempa verwendeten fast 70 Prozent der digital aktiven Menschen in China Fintech-Angebote, verglichen mit bloßen 33 Prozent in den USA. Zusammen beherrschten Alipay und WeChat Pay 90 Prozent des Marktes für Online-Zahlungen.

Doch war Chinas Fintech-Boom zugleich per se anfällig, weil von ihm systemische Risiken für die Finanzstabilität ausgingen. Ant allein hatte ausstehende Verbraucherkredite im Umfang von mehr als 271 Milliarden Dollar in den Büchern. Das Platzen der Blase am Aktienmarkt im Juni 2015 war das erste Warnsignal. Letztlich dann führten die chinesischen Währungsbehörden im Schnelldurchgang neue Vorschriften ein, um wieder eine gewisse Kontrolle über die Finanzinfrastruktur von Alibaba und Tencent zu erlangen. Dieses frühere Durchgreifen im Fintech-Sektor stellte nicht nur wieder Finanzstabilität her, sondern setzte auch den mächtigen Wirtschaftseliten Grenzen und stärkte so die Kontrolle der Zentralregierung.

### **Der Renminbi wird digital**

Der Schlüssel zu Chinas bargeldloser Revolution ist ein auf die staatlichen politischen Ziele reagierendes und auf sie abgestimmtes Finanzsystem. Doch ist dieses zugleich der Ursprung tiefer liegender Probleme im Finanzsektor, so etwa des langsamen Reformtempos und der beschränkten Konvertierbarkeit der chinesischen Währung. Es sind diese Beschränkungen, die der internationalen Verwendung des Renminbi Grenzen gesetzt haben.

In *One Currency, Two Markets* gibt Edwin L.-C. Lai von der Hong Kong University of Science and Technology eine Übersicht über die Defizite des Renminbi und die zu ihrer Überwindung verfolgten politischen Strategien. Besondere Aufmerksamkeit widmet Lai der Strategie der Internationalisierung des Renminbi, die auf der Vorstellung beruht, dass der Renminbi wie jede andere internationale Währung an den Auslandsmärkten gehandelt werden kann, selbst wenn seine Konvertierbarkeit im Inland durch Kapitalkontrollen eingeschränkt wird.

Ab 2017 jedoch spielten die ausländischen Renminbi-Märkte nicht länger die beabsichtigte Rolle. Während der Renminbi seit Einleitung der Internationalisierungsstrategie 2010 beträchtliche Erfolge verzeichnete (er kommt bei rund einem Viertel von Chinas Handel zum Einsatz und ist die am fünfthäufigsten gehandelte Währung der Welt sowie Teil des SZR-Währungskorbes des IWF), bleibt der Umsatz damit im Verhältnis zum chinesischen BIP niedrig – er beträgt **nur 3 Prozent**, verglichen mit 30 Prozent für den Dollar. Lai kommt zu dem Schluss, dass er noch immer nicht im Ansatz eine Konkurrenz für den Dollar darstellt.

Auch von Chinas Status als Vorreiter bei der Einführung von digitalem Notenbankgeld geht keine bedeutsame Herausforderung für den Dollar aus. Der digitale Renminbi wird einige attraktive Funktionen haben – wie etwa rasches und sicheres Bezahlen –, die seine umfassendere Nutzung fördern könnten, doch er wird fest unter der zentralisierten Kontrolle der chinesischen Währungsbehörden bleiben. Nichtansässige werden weiterhin zögern, ihn als Wertspeicher zu nutzen, was einen der zentralen Tests für internationale Währungen darstellt.

Wie Tucker uns in Erinnerung ruft, haben sich die grundlegenden Funktionen von Währungssystemen seit dem späten 18. Jahrhundert nicht wesentlich verändert, und die Trennung zwischen Kreditvergabe-Entscheidungen und Regierung war immer von entscheidender Bedeutung. Ohne sie ist die Vertraulichkeit der Daten miteinander Geschäfte tätiger Personen nicht gewährleistet. Doch anders als Bargeld, das (zum Guten wie zum Schlechten) Anonymität ermöglicht, sind digitale Zahlungen und Währungen uneingeschränkt rückverfolgbar.

Es besteht daher ein eindeutiges Spannungsfeld zwischen Bequemlichkeit und Datenschutz. Wie wir inzwischen wissen, sammeln digitale Dienste – gewöhnlich private Unternehmen – ununterbrochen Nutzerdaten, um sie für Marketing- oder Product-Placement-Zwecke zu nutzen oder an Dritte zu verkaufen. Doch China hat diese Praxis noch weiter geführt. Alibabas und Tencents Super-Apps bringen sogar noch umfassendere personenbezogene Datensätze hervor, die von den Verbrauchervorlieben bis hin zu Bonitätsbewertungen reichen. Die Regierung hat dies zur Einrichtung eines umfassenden Sozial-Kredit-Systems genutzt, das faktisch darüber bestimmt, was für Möglichkeiten jedem Einzelnen offenstehen.

Weil die Datenherrschaft für China derart wichtig ist, gehen Chorzempa, Small und Tucker alle drei davon aus, dass der Staat eine noch größere Kontrolle über diese Sektoren geltend machen und dabei die Innovation ersticken wird. Falls dies zutrifft, wird es Alibaba und Tencent sehr schwer fallen, als internationale Unternehmen zu wachsen (das große Ziel aus der Zeit vor 2017), weil man sie unweigerlich nicht als Wirtschaftsunternehmen, sondern als verlängerten Arm des chinesischen Staates betrachten wird (wie Huawei).

Chinas Führung scheint bereit, diese Kosten als Preis für die Befreiung aus der US-geführten Ordnung zu akzeptieren. Womöglich ist sie zu dem Schluss gelangt, dass – selbst, wenn der digitale Renminbi den Dollar nicht herausfordern kann – die Fintech-Innovation und digitale Währungen es Nichtchinesen erleichtern werden, den Renminbi bei internationalen Transaktionen zu nutzen, und dass dies für sanktionsbelegte Länder praktisch sein wird. Der digitale Renminbi wird China helfen, seine Abhängigkeit vom Dollar bei bilateralen Transaktionen zu verringern, und ihm gestatten, aus dem internationalen Währungssystem in ein paralleles – wenn auch seichteres – von ihm selbst beherrschtes System umzusteigen. Das wird viele neue geopolitische, finanzielle und makroökonomische Fragen aufwerfen. Eins jedoch ist bereits jetzt sicher: Das internationale Finanz- und Währungssystem wird sich stärker zersplittern, was noch weniger Raum für politische Kooperation und Koordination lassen wird.

**Aus dem Englischen von Jan Doolan**

***Paola Subacchi ist Professorin für internationale Volkswirtschaft am Queen Mary Global Policy Institute der University of London.***

xxx

## Schicksal der Ukraine - von Ivan Katchanovski

Das Bild, das im Westen von Wolodymyr Selenskyj gezeichnet wird, hat so wenig mit der Realität zu tun wie die russische Propaganda. Seit seinem Amtsantritt 2019 hat er sich stark verändert.



### Ottawa

Wolodymyr Selenskyj, der Präsident der Ukraine, wird im Westen von Politikern, Medien und grossen Teilen der Öffentlichkeit als moderner Churchill gefeiert, der den Krieg mit Russland gewinnen wird. Sie sehen in ihm einen Kämpfer für Freiheit, Demokratie und europäische Werte, der die Souveränität der Ukraine heldenhaft verteidigt. Den russischen Angriffskrieg bezeichnen sie als Völkermord. Selenskyjs Reden vor westlichen Parlamenten, Universitäten, Unternehmern, bei Kultur- und Sportveranstaltungen lösen Ovationen aus. Interviewpartner behandeln ihn wie einen Star. Russische Politiker und Medien bezeichnen ihn dagegen als Clown, als Drogenabhängigen, als eine Marionette der Amerikaner und als Chef eines Neonazi-Regimes, das an der russischsprachigen Bevölkerung des Donbass einen Genozid verübt.

### Vermögen in Steueroasen

Das Bild, das im Westen von Selenskyj gezeichnet wird, hat ebenso wenig mit der Realität zu tun wie das russische Pendant. Beides ist Propaganda beziehungsweise Fiktion. Auch im Ukraine-Krieg war die Wahrheit das erste Opfer, und das gilt auch für Selenskyj.

2019 gewann er die Präsidentschaftswahl dank der Unterstützung des mächtigen Oligarchen Ihor Kolomojskyj. In dessen Fernsehsender 1+1 lief seit 2015 die satirische TV-Serie «Diener des Volkes», in der Selenskyj einen fiktiven Präsidenten der Ukraine spielte. Der Titel der Serie lieferte auch den Namen seiner Partei.

Durch die sogenannten Pandora Papers kam ans Tageslicht, dass Selenskyj unerklärte Vermögenswerte in Steueroasen geparkt hatte und geschäftliche Beziehungen zu Kolomojskyj pflegte. Nachdem er das Präsidentenamt angetreten hatte, brachte er viele Freunde und Kollegen aus seiner Schauspielerkarriere in einflussreichen Positionen unter. Eine dieser Personen, die zum Chef des Präsidentenbüros ernannt wurde, soll laut Berichten ukrainischer Medien sogar bestimmte Funktionen des Präsidenten ausüben. Diverse Quellen berichten von Korruption in Selenskyjs Umfeld, und unlängst soll er auf amerikanischen Druck einige Beamte entlassen beziehungsweise ihre Verhaftung angeordnet haben.

Nach seinem Wahlsieg setzte er, nach einer kurzen Phase relativer Demokratisierung, einen weitgehend undemokratischen Regierungsstil durch. Selenskyj ging auf Konfrontation mit dem Verfassungsgerichtshof und nahm die russische Invasion zum Anlass, sechzehn Oppositionsparteien zu verbieten und sechs führende Oppositionspolitiker, darunter seinen Vorgänger Petro Poroschenko, wegen Hochverrats anzuklagen.

### «Armee! Sprache! Glaube!»

*Nach seinem Amtsantritt übernahm Washington Kolomojskyjs Rolle als Förderer von Selenskyj.*

Selenskyj hatte während des Wahlkampfes versprochen, eine friedliche Lösung des Kriegs im Donbass anzustreben, die Korruption zu bekämpfen, die Gehälter zu erhöhen und die Energiepreise zu senken. Er wurde mit grosser Mehrheit gewählt, vor allem von den russischsprachigen Ukrainern im Süden und Osten des Landes. Amtsinhaber Poroschenko, der mit dem nationalistischen Slogan «Armee! Sprache! Glaube!» angetreten war, verlor die Wahl.

Doch schon bald nach seinem Wahlsieg rückte Selenskyj von seinen Versprechen ab und verwandelte sich, von rechtsextremen Kräften und dem Westen unter Druck gesetzt, in einen zweiten Poroschenko. Rechtsextreme, einschliesslich Neonazis, lehnten sein Eintreten für einen Truppenrückzug aus dem Donbass gemäss der Pariser Vereinbarung vom Dezember 2019 ab und griffen unter den Augen der Polizei seinen Amtssitz an. Dies zeigte, dass Rechtsextreme die Macht haben, Selenskyj zu stürzen. Die bekannte olivgrüne Montur, die er bei seinen öffentlichen Auftritten trägt, wird von einer populären Marke hergestellt, die auch Kleidung mit Neonazi-Symbolen produziert.

Selenskyj ist aber kein Nazi. Er ist Jude und ein Populist, der sich bei seinen Entscheidungen davon leiten lässt, welche Zustimmung sie finden werden. Dass er aus Gründen des Machterhalts die zahlenmässig kleine, aber starke und gewaltbereite extreme Rechte toleriert, wurde von Russland als

Vorwand genutzt, um den völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zu rechtfertigen.

Obwohl ihm Informationen der US-Geheimdienste vorlagen, schloss Selenskyj die Augen vor einem möglichen russischen Angriff. Sein Versprechen, der Nato beizutreten und die selbsternannten Separatistenrepubliken im Donbass und die besetzte Krim zurückzuerobern, und die Massnahmen zur Zurückdrängung der russischen Sprache wurden von Russland als Rechtfertigung für die illegale Invasion präsentiert. Selenskyj floh nach Kriegsbeginn jedoch nicht ins Ausland, und der von Putin geplante Regimewechsel in Kiew fand nicht statt.

### **Zurück aus dem Geheimbunker**

Der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett gab unlängst bekannt, dass Putin ihm zwei Wochen nach Kriegsbeginn versprochen habe, Selenskyj nicht zu töten. Selenskyj verliess seinen Geheimbunker, filmte sich in seinem Amtssitz und erklärte, dass er keine Angst habe. Angeblich sollen während des Kriegs mehrere russische Anschläge auf ihn verübt worden sein, doch dafür gibt es keine Belege. Selenskyj ist ein talentierter Schauspieler, der genau weiss, wie er sein Publikum für sich gewinnen kann. In seinen täglichen Videoansprachen und bei seinen öffentlichen Auftritten stellt er das immer wieder unter Beweis, und das hat ihm während des Kriegs zu ungeheurer Popularität verholfen. Aber seine Macht ist weitgehend von der Unterstützung der USA abhängig. Nach seinem Amtsantritt übernahm Washington Kolomojskyjs Rolle als Förderer von Selenskyj. Bennett sagte weiter, dass die Friedensgespräche, die er im März 2022 auf Bitten Selenskyjs zwischen Russland und der Ukraine geführt habe, von der US-Regierung und führenden Politikern anderer westlicher Staaten blockiert worden seien, weil man Putin weiterhin habe bekämpfen wollen. Laut Bennett hätten seine Vermittlungsgespräche gute Chancen gehabt, und Putin habe zugesagt, dass man auf eine Entmilitarisierung der Ukraine verzichten wolle, während Selenskyj bereit war, von einem Nato-Beitritt der Ukraine abzusehen. Fiona Hill, vormals Russland-Spezialistin im Nationalen Sicherheitsrat und Sonderberaterin von Präsident Trump, schrieb in der Zeitschrift *Foreign Affairs* unter Berufung auf hochrangige US-Beamte, dass sich «Russland und die Ukraine über die Umriss eines verhandelten Übergangsabkommens geeinigt» hätten. Zuvor hatte die Zeitung *Ukrainska Prawda* unter Berufung auf Quellen im Umfeld von Selenskyj berichtet, dass die Friedensgespräche abgebrochen worden seien, nachdem der britische Premier Boris Johnson bei seinem Besuch in Kiew im April 2022 Selenskyj die Aufforderung des Westens übermittelt habe, keine Verhandlungen mit Putin zu führen, sondern ihn weiterhin «unter Druck zu setzen». Der Westen werde keinerlei Sicherheitsgarantien leisten, selbst wenn die Ukraine ein Friedensabkommen mit Russland schliessen werde.

### **Antwort auf das Maidan-Massaker**

Daraufhin verabschiedete sich Selenskyj von einer friedlichen Lösung des bewaffneten Konflikts, in der Hoffnung, den Krieg gegen Russland mit massiver militärischer, geheimdienstlicher, wirtschaftlicher und humanitärer Hilfe des Westens zu gewinnen, der auf diesem Weg Russland schwächen will.

Diese Entscheidung hat weitreichende Folgen für die Ukraine. Selenskyj erklärte, der Krieg werde erst mit der Rückeroberung aller verlorenen ukrainischen Gebiete beendet sein, also nicht nur des Donbass und der russisch besetzten Teile der Bezirke Cherson und Saporischschja, sondern auch der Krim, die 2014 besetzt wurde – als Antwort auf den vom Westen unterstützten gewaltsamen Sturz der prorussischen Regierung, das Maidan-Massaker und die versuchten Anschläge auf den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch. Die Kosten für die Ukraine (militärische und zivile Opfer, Verlust von Territorium und wirtschaftlicher Niedergang) sind jedoch hoch und werden durch die bevorstehende russische Offensive wohl noch deutlich steigen.

Der Ausgang dieses Krieges dürfte nicht nur für die Zukunft der Ukraine entscheidend sein, sondern auch für das Schicksal von Selenskyj.

**Ivan Katchanovski ist ein ukrainisch-kanadischer Politikwissenschaftler der University of Ottawa.**

**Aus dem Englischen von Matthias Fienbork**

**xxx**

## Chinas Weltmacht-Ansprüche und seine neue Richtung

PAOLA SUBACCHI, 11.03.2023

Der Aufstieg Chinas war die Erfolgsgeschichte der vergangenen drei Jahrzehnte. Doch die Hoffnungen, dass China sich nahtlos in die vom Westen dominierte Weltpolitik intergiert, schwinden allmählich. In welche Richtung entwickelt sich China stattdessen?



Xi Jinping, Chinas Staats- und Parteichef, gibt seine Stimme ab während einer Sitzung des Nationalen Volkskongresses (NVK) im Rahmen der Jahrestagung des NVK in der Großen Halle des Volkes. (Foto: dpa)

Der Aufstieg Chinas war die bestimmende Story der vergangenen drei Jahrzehnte. Keine Analyse der internationalen Volkswirtschaft oder Politik kann ihn ignorieren. Doch im Laufe der Zeit hat sich die Diskussion verlagert. Vor 2017 wurde weithin die Ansicht vertreten, dass sich China zu einem „verantwortungsvollen Stakeholder“ in den internationalen Einrichtungen entwickeln würde, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden waren und den Kalten Krieg überlebt hatten. Inzwischen jedoch sorgen sich viele, dass China „ein illiberaler Staat [sei], der die Führung in einer liberalen Weltordnung übernehmen möchte“, wie der ehemalige stellvertretende Gouverneur der Bank von England Paul Tucker in seinem Buch *Global Discord* formuliert. Die Frage ist daher, wie freiheitliche, marktwirtschaftliche Demokratien mit einem derartigen Staat umgehen sollten, wenn sich dieser zu einer systematisch bedeutsamen Macht entwickelt.

Keins der vier hier betrachteten Bücher gibt darauf eine überzeugende Antwort – was freilich daran liegen könnte, dass die China-Frage keine derartige Antwort zulässt. Stattdessen bietet jeder der Verfasser ein klares Narrativ der Verwandlung Chinas vom armen Entwicklungsland zum wichtigsten globalen Konkurrenten des Westens. Womöglich am wichtigsten ist dabei der Vorsprung, den China inzwischen bei hochmodernen Technologien wie Telekommunikation, Fintech und künstlicher Intelligenz erlangt hat. Dies sind sämtlich Wirtschaftszweige mit großer strategischer Bedeutung nicht nur für die künftige wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch für die internationale und nationale Sicherheit.

Um zu verstehen, warum China nicht länger auf dem Weg ist, ein „verantwortungsbewusster Stakeholder“ innerhalb der Weltwirtschaft zu werden, muss man sich Chinas Vorteil in diesen Bereichen bewusst machen. Chinas Führung hat schlicht keinen so starken Anreiz mehr wie früher, mit und in einem US-geführten System zu leben.

## Wandel der Zeiten

Was Chinas langfristigen strategischen Kurs angeht, sind einzelne, vorübergehende Ereignisse weniger wichtig als die Umsetzung des Gesamtplans. Dieser Prozess verläuft zwangsläufig allmählich und in kleinen Schritten, gemäß der in der modernen Ära von Deng Xiaoping populär gemachten chinesischen Redensart, wonach die chinesische Führung „den Fluss überqueren [solle], indem sie die Steine ertastet“. Die Wendepunkte dabei sind nicht immer offensichtlich und lassen sich manchmal erst mit deutlicher Verzögerung erkennen.

Man denke an das Jahr 2016, als China, das damals die rotierende Präsidentschaft der G20 innehatte, in herausragender Weise die Rolle des „verantwortungsbewussten Stakeholders“ spielte. In jenem September fügte der Internationale Währungsfonds den Renminbi zu dem Währungskorb hinzu, der seiner globalen Reservewährung, den Sonderziehungsrechten (SZRs), zugrunde liegt. Er stellte ihn damit auf eine Ebene mit dem Dollar, dem Euro, dem Pfund Sterling und dem japanischen Yen. Wie Andrew Small vom German Marshall Fund in *The Rupture* beschreibt, witzelte US-Präsident Barack Obama damals, dass China mit dem Start des chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors womöglich eine Verantwortung für den Umgang mit einem Land übernehmen könnte, das den Amerikanern seit Langem Kopfschmerzen bereite.

Die seitdem vergangenen Jahre waren chaotisch. Als Donald Trump 2017 ins Weiße Haus einzog, nahm seine Regierung eine aggressive Haltung gegenüber Chinas positiver Handelsbilanz mit den USA ein und **beschuldigte** das Land offiziell der „Währungsmanipulation“ (ein Vorwurf, der später **zurückgezogen** wurde). Doch war die bilaterale Handelsbilanz natürlich nicht das wahre Problem (wie alle, die Trumps ökonomisches Analphabetentum verspotteten, betonten). Das Problem war vielmehr, dass China seit langem einen asymmetrischen Zugang zu den Märkten in den USA und Europa (einschließlich des Vereinigten Königreichs) genossen hatte und dass der globale Wettlauf um die Vorherrschaft bei fortschrittlichen Technologien an Fahrt gewann.

Die internationale Integration durch Handels- und Finanzflüsse hatte zwei Jahrzehnte lang das globale Wirtschaftswachstum befeuert, doch schien der Prozess an seine Grenzen zu geraten. China war inzwischen nicht mehr bloß ein wichtiger Exporteur preiswerter, arbeitsintensiver Bekleidungs- und Elektronikartikel; es hatte sich zu einem Wettbewerber in kapitalintensiven strategischen Branchen entwickelt. Während die westlichen Politiker den Wettbewerb in Branchen mit geringer Wertschöpfung tolerieren konnten – und einige diesen sogar als Methode ermutigten, um „Strukturreformen“ in den hochentwickelten Volkswirtschaften anzustoßen (ein Argument, das sowohl Small als auch Tucker zerpflücken) –, sollten Wirtschaftszweige weiter oben auf der Wertschöpfungskette außerhalb der Reichweite Chinas bleiben.

Eine eindrucksvolle Illustration dieses Wandels war Chinas fraglose Vorreiterrolle bei der 5G-Telekommunikationstechnologie. Wie Small akribisch genau aufzeigt, bringen die jüngsten Konflikte darüber, wer in Europa 5G bereitstellen sollte, die globale Dynamik der Fortschritte Chinas bei hochmodernen Technologien auf den Punkt. Eine Auswirkung bestand in einer Spaltung des Westens. Die USA und ihre europäischen Partner vertraten unterschiedliche Ansichten über die von der chinesischen Technologie ausgehenden Herausforderungen für Wirtschaft und Sicherheit.

Zum Beispiel ließen sich Deutschland, das stark vom Handel mit China abhängig ist, und das Vereinigte Königreich, das sich auf den Brexit vorbereitete, beide dazu verleiten, die mit einem Kauf ihrer 5G-Netzwerke bei Huawei verbundenen Risiken zu missachten. Insbesondere die britische Regierung beharrte darauf, dass von Huawei keine bedeutsame Sicherheitsbedrohung ausging und es das beste Preis-Leistungs-Verhältnis böte, was sie freilich in einen deutlichen Konflikt mit den USA brachte. Letztlich gab das Vereinigte Königreich seine Position auf, was laut Small auf die „umfassendste je [von den USA] unternommene Mobilisierung politischer Ressourcen zu einem mit China verknüpften Problem“ zurückzuführen war.

## Ein Land im Lockdown

Der bisher letzte Wendepunkt kam mit Chinas Umgang mit der COVID-19-Pandemie. Zunächst vereitelten die Versuche der chinesischen Behörden, den Ausbruch abzustreiten und zu vertuschen, die beste Chance auf eine koordinierte internationale Reaktion, die die Welt hatte. Dann kam die unglückliche „Null-COVID“-Politik des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, die zu höherer Inflation und einem deutlich verlangsamten Wirtschaftswachstum in China beitrug und die Führung des Landes weiter aus dem Gleichschritt mit den USA und Europa brachte.

Die Pandemie führte daher dazu, dass China isolierter war als seit vielen Jahren. Seit Anfang 2020 war es von der übrigen Welt abgekoppelt; bis diese Woche unterlagen alle Besucher des chinesischen Festlands einer obligatorischen zehntägigen Quarantäne. Die Folge, so Tucker, waren „ein asymmetrischer Rückgang der Nachrichtenflüsse von Ost nach West“ und ein Zusammenbruch des wechselseitigen Vertrauens.

Chinas Bemühungen zum Schutz seiner Bevölkerung vor dem Virus angesichts qualitativ minderwertiger Impfstoffe, einer Regierung, die sich weigert, wirksamere westliche Impfstoffe zu nutzen, und einer viel niedrigeren Impfquote als in den USA und der EU haben den bereits zuvor zunehmenden Trend zur Wendung nach innen noch verstärkt. So ist es etwa im Vergleich zu den Jahren vor 2017 für US-amerikanische und europäische Wissenschaftler viel schwieriger geworden, mit ihren chinesischen Kollegen zusammenzuarbeiten. Und mit wachsender internationaler Isolation ist China zu Hause deutlich rigider und autoritärer geworden.

Innovative private Unternehmen mit hochmodernen Technologien und der Fähigkeit, staatseigene Unternehmen aus dem Feld zu schlagen, werden nun in ihrer Entwicklung behindert. Die meisten dieser Emporkömmlinge entstanden und florierten in der Zeit vor 2017, als die chinesische Führung noch immer mit den neuen digitalen Technologien – den sozialen Medien, dem elektronischen Handel und dem mobilen Banking – und ihren Auswirkungen auf die politische Stabilität rang. Zu den bekanntesten Erfolgsgeschichten gehören die chinesischen Technologie-Konglomerate Tencent und Alibaba. Beide sind in den letzten Jahren **ins Visier** der chinesischen Behörden geraten.

### **Ein System innerhalb des Systems**

In einer Rede auf dem Bund Finance Summit am 24. Oktober 2020 **kritisierte** Jack Ma, damals einflussreicher Gründer von Alibaba und reichster Mensch Chinas, die politische Führung seines Landes offen wegen ihrer seiner Ansicht nach überzogenen Regulierung. „Innovation risikofrei zu machen bedeutet, sie zu ersticken“, warnte er zu Recht. Doch der Ton seiner Rede war problematisch, und er hatte das politische Klima unter Xi eindeutig falsch eingeschätzt. Der Freiraum für öffentliche Debatten war seit 2014, als Ma die Monopolmacht der chinesischen Großbanken erfolgreich in Frage gestellt hatte, erheblich kleiner geworden.

Ma zahlte einen hohen Preis für seine Offenherzigkeit. Wie Martin Chorzempa vom Peterson Institute for International Economics in *The Cashless Revolution* anmerkt, war Mas Auftritt auf dem Bund Summit die womöglich „kostspieligste Rede in der Geschichte“. Nur wenige Tage später wurde der mit Spannung erwartete Börsengang von Alibabas Finanzsparte, der Ant Group, plötzlich blockiert. Mit einer Bewertung von **313 Milliarden Dollar** war es der größte je geplante Börsengang. Doch er sollte nicht sein. Ants Führungskräfte wurden vor die chinesischen Aufsichtsbehörden gezerrt, und Ma (dessen persönliche Beteiligung sich auf etwa 27 Milliarden Dollar belief) verschwand für **drei Monate** von der Bildfläche.

Diese Ereignisse schockierten die Welt und untergruben die Wahrnehmung der Anleger von China als einem sicheren Ort, um Geschäfte zu machen, erheblich. Ants Marktwert ist seitdem zusammengebrochen (auf rund **70 Milliarden Dollar**), und es bleibt ein privates Unternehmen, das kurzfristig kaum Aussicht auf einen Börsengang hat. Chorzempa kommt nach akribischer Rekonstruktion der zu Ants Niedergang führenden Ereignisse zu dem Schluss, dass Chinas Aufsichtsbehörden zutiefst besorgt waren über die von Tencent und Alibaba angehäuften Macht. Die beiden „Super-Apps“ dieser Unternehmen (die jeweils eine Suite grundlegender Dienste wie Messaging, Einkaufen und Bezahlung umfassen) verschafften ihnen enorme Mengen an personenbezogenen Daten und die damit verbundene Macht. 2013, nur zwei Jahre nach ihrem Start, hatte Tencents App WeChat bereits **270 Millionen Nutzer**.

Zudem hatten Finanzinnovationen es beiden Unternehmen ermöglicht, kurzfristige Kredite in außergewöhnlich praktischer Manier anzubieten, was sie (insbesondere im Falle von Ant) zu direkten Konkurrenten der staatlich kontrollierten Banken machte und eine potenzielle Bedrohung für die Finanzstabilität schuf. Sie hatten es geschafft, ein neues System innerhalb des Systems aufzubauen, und betrachtet man die Implikationen dieser Leistung, überrascht es nicht, dass die Aufsichtsbehörden Mas Rede als Chance nutzten, um wieder die Kontrolle zu übernehmen.

Wie Chorzempa zeigt, beruhte der Erfolg von Alibaba und Tencent darauf, dass sie das Problem digitaler mobiler Zahlungen gelöst hatten. Plötzlich ließen sich Smartphones überall in Chinas

Großstädten zum Bezahlen für Waren und Dienstleistungen nutzen – und das zu einer Zeit, als kontaktlose Zahlungen per Kreditkarte in Europa noch als hochfortschrittlich galten.

Wie für Nachzügler typisch, übernahm China neueste Technologie und übersprang eine Zwischenstufe, an der die bestehenden Platzhirsche noch immer festhielten. 2008 wurden nur rund 10 Prozent der Zahlkarten in China regelmäßig genutzt, und ausländische Kunden mussten oft mühsam den einen Laden im Viertel suchen, der ein Kreditkartenterminal hatte (oder wurden aufgefordert, einen handschriftlichen Visa-Beleg zu unterschreiben). Doch schon 2010 hatte Alipay **500 Millionen** Nutzer, die pro Tag Transaktionen im Volumen von zwei Milliarden Renminbi (290 Millionen Dollar) tätigten. Das machte es zum weltgrößten Online-Zahlungsunternehmen noch vor PayPal.

### **Zuerst kommt die Partei**

In jenen Jahren vor 2017 bot China ein ideales Fintech-Umfeld. Der „Schattenbankensektor“ – ein unregulierter, oft von den Banken selbst betriebener Kreditkanal – bot einen wachsenden Markt für neue Finanzprodukte. Es bestand eine hohe Nachfrage nach Anlageinstrumenten, die höhere Renditen boten als der offizielle Bankensektor, wo schlecht verzinsten Ersparnisse zu günstigen Zinsen an staatseigene Unternehmen weitergeleitet wurden. Die kredithungrigen privaten Unternehmen lernten die Flexibilität der neuen Blockchain-Technologien schätzen, die zudem genutzt wurden, um Millionen von Chinesen ohne Kredithistorie Zugriff auf Kredite zu verschaffen.

Alibaba und Tencent schafften es, diesen Markt zu besetzen, lange bevor die chinesischen Aufsichtsbehörden allzu besorgt wurden. Nach Chorzempas Schätzung vergingen zwischen der Einführung der neuen Finanzprodukte und den ersten Regulierungsmaßnahmen etwa sieben Jahre. In der Zwischenzeit erhielten Alipay und WeChat Pay neue Genehmigungen, und die Eintrittsbarrieren zum Finanzsektor wurden abgebaut. Es gab keine robusten Datenschutzbestimmungen für personenbezogene Daten, da Chinas bruchstückhafte und in sich widersprüchliche Datenschutzgesetze auf die Fintech nicht klar anwendbar waren. Finanzreformer wie Zhou Xiaochuan, der von 2002 bis 2018 Chef der chinesischen Notenbank war, sahen die Fintech als den Funken an, der zur Reform des breiteren Finanzsektors benötigt wurde.

Angesichts weiterhin wohlwollend gleichgültiger Aufsichtsbehörden trieben die Fintech-Unternehmen die neuen Technologien weiter voran, und das mit schwindelerregendem Erfolg. 2017 war China der weltgrößte und fortschrittlichste Markt für das digitale Finanzgeschäft. Laut Chorzempa verwendeten fast 70 Prozent der digital aktiven Menschen in China Fintech-Angebote, verglichen mit bloßen 33 Prozent in den USA. Zusammen beherrschten Alipay und WeChat Pay 90 Prozent des Marktes für Online-Zahlungen.

Doch war Chinas Fintech-Boom zugleich per se anfällig, weil von ihm systemische Risiken für die Finanzstabilität ausgingen. Ant allein hatte ausstehende Verbraucherkredite im Umfang von mehr als 271 Milliarden Dollar in den Büchern. Das Platzen der Blase am Aktienmarkt im Juni 2015 war das erste Warnsignal. Letztlich dann führten die chinesischen Währungsbehörden im Schnelldurchgang neue Vorschriften ein, um wieder eine gewisse Kontrolle über die Finanzinfrastruktur von Alibaba und Tencent zu erlangen. Dieses frühere Durchgreifen im Fintech-Sektor stellte nicht nur wieder Finanzstabilität her, sondern setzte auch den mächtigen Wirtschaftseliten Grenzen und stärkte so die Kontrolle der Zentralregierung.

### **Der Renminbi wird digital**

Der Schlüssel zu Chinas bargeldloser Revolution ist ein auf die staatlichen politischen Ziele reagierendes und auf sie abgestimmtes Finanzsystem. Doch ist dieses zugleich der Ursprung tiefer liegender Probleme im Finanzsektor, so etwa des langsamen Reformtempos und der beschränkten Konvertierbarkeit der chinesischen Währung. Es sind diese Beschränkungen, die der internationalen Verwendung des Renminbi Grenzen gesetzt haben.

In *One Currency, Two Markets* gibt Edwin L.-C. Lai von der Hong Kong University of Science and Technology eine Übersicht über die Defizite des Renminbi und die zu ihrer Überwindung verfolgten politischen Strategien. Besondere Aufmerksamkeit widmet Lai der Strategie der Internationalisierung des Renminbi, die auf der Vorstellung beruht, dass der Renminbi wie jede andere internationale Währung an den Auslandsmärkten gehandelt werden kann, selbst wenn seine Konvertierbarkeit im Inland durch Kapitalkontrollen eingeschränkt wird.



Ab 2017 jedoch spielten die ausländischen Renminbi-Märkte nicht länger die beabsichtigte Rolle. Während der Renminbi seit Einleitung der Internationalisierungsstrategie 2010 beträchtliche Erfolge verzeichnete (er kommt bei rund einem Viertel von Chinas Handel zum Einsatz und ist die am fünfthäufigsten gehandelte Währung der Welt sowie Teil des SZR-Währungskorbes des IWF), bleibt der Umsatz damit im Verhältnis zum chinesischen BIP niedrig – er beträgt **nur 3 Prozent**, verglichen mit 30 Prozent für den Dollar. Lai kommt zu dem Schluss, dass er noch immer nicht im Ansatz eine Konkurrenz für den Dollar darstellt.

Auch von Chinas Status als Vorreiter bei der Einführung von digitalem Notenbankgeld geht keine bedeutsame Herausforderung für den Dollar aus. Der digitale Renminbi wird einige attraktive Funktionen haben – wie etwa rasches und sicheres Bezahlen –, die seine umfassendere Nutzung fördern könnten, doch er wird fest unter der zentralisierten Kontrolle der chinesischen Währungsbehörden bleiben. Nichtansässige werden weiterhin zögern, ihn als Wertspeicher zu nutzen, was einen der zentralen Tests für internationale Währungen darstellt.

Wie Tucker uns in Erinnerung ruft, haben sich die grundlegenden Funktionen von Währungssystemen seit dem späten 18. Jahrhundert nicht wesentlich verändert, und die Trennung zwischen Kreditvergabe-Entscheidungen und Regierung war immer von entscheidender Bedeutung. Ohne sie ist die Vertraulichkeit der Daten miteinander Geschäfte tätiger Personen nicht gewährleistet. Doch anders als Bargeld, das (zum Guten wie zum Schlechten) Anonymität ermöglicht, sind digitale Zahlungen und Währungen uneingeschränkt rückverfolgbar.

Es besteht daher ein eindeutiges Spannungsfeld zwischen Bequemlichkeit und Datenschutz. Wie wir inzwischen wissen, sammeln digitale Dienste – gewöhnlich private Unternehmen – ununterbrochen Nutzerdaten, um sie für Marketing- oder Product-Placement-Zwecke zu nutzen oder an Dritte zu verkaufen. Doch China hat diese Praxis noch weiter geführt. Alibabas und Tencents Super-Apps bringen sogar noch umfassendere personenbezogene Datensätze hervor, die von den Verbrauchervorlieben bis hin zu Bonitätsbewertungen reichen. Die Regierung hat dies zur Einrichtung eines umfassenden Sozial-Kredit-Systems genutzt, das faktisch darüber bestimmt, was für Möglichkeiten jedem Einzelnen offenstehen.

Weil die Datenherrschaft für China derart wichtig ist, gehen Chorzempa, Small und Tucker alle drei davon aus, dass der Staat eine noch größere Kontrolle über diese Sektoren geltend machen und dabei die Innovation ersticken wird. Falls dies zutrifft, wird es Alibaba und Tencent sehr schwer fallen, als internationale Unternehmen zu wachsen (das große Ziel aus der Zeit vor 2017), weil man sie unweigerlich nicht als Wirtschaftsunternehmen, sondern als verlängerten Arm des chinesischen Staates betrachten wird (wie Huawei).

Chinas Führung scheint bereit, diese Kosten als Preis für die Befreiung aus der US-geführten Ordnung zu akzeptieren. Womöglich ist sie zu dem Schluss gelangt, dass – selbst, wenn der digitale Renminbi den Dollar nicht herausfordern kann – die Fintech-Innovation und digitale Währungen es Nichtchinesen erleichtern werden, den Renminbi bei internationalen Transaktionen zu nutzen, und dass dies für sanktionsbelegte Länder praktisch sein wird. Der digitale Renminbi wird China helfen, seine Abhängigkeit vom Dollar bei bilateralen Transaktionen zu verringern, und ihm gestatten, aus dem internationalen Währungssystem in ein paralleles – wenn auch seichteres – von ihm selbst beherrschtes System umzusteigen. Das wird viele neue geopolitische, finanzielle und makroökonomische Fragen aufwerfen. Eins jedoch ist bereits jetzt sicher: Das internationale Finanz- und Währungssystem wird sich stärker zersplittern, was noch weniger Raum für politische Kooperation und Koordination lassen wird.

**Aus dem Englischen von Jan Doolan**

***Paola Subacchi ist Professorin für internationale Volkswirtschaft am Queen Mary Global Policy Institute der University of London.***

xxx

## Putin, der Ukraine-Krieg und das Völkerrecht

von Assoc. Prof. Dr. Stephan Sander-Faes - tkp.at, 06. März 2023

*Wenige Dinge der jüngsten Vergangenheit – außer Corona – sind so “kontroversiell” wie der Konflikt in der Ukraine. Was den meisten wohl kaum bekannt sein dürfte, war die Existenz der OSZE-Beobachtermission entlang der Waffenstillstandslinie und die Tatsache, dass Russland sich auf das Völkerrecht (Art. 51 der UN-Charta) berief, um den Militäreinsatz zu rechtfertigen. Eine mit “Fußnoten” versehene Sachverhaltsdarstellung zum aktuellen Konflikt, die zu dessen Einordnung unverzichtbar ist.*



*Bild icorpus, Burning apartment building in Shactersk, August 3, 2014, CC BY*

*Geschätzte Leserin, geschätzter Leser, liebe Freunde, dieser Beitrag ist u.E. der beste, der das Narrativ des sog. «völkerrechtswidrigen Angriffskrieg» mit vielen Fakten widerlegt. [Vor kurzem geschrieben wir](#): «Er war KEIN «Völkerrechtsbruch», schon gar nicht ist er ein «Angriffskrieg».» Hier nun wird unsere Meinung vollständig bestätigt. Es handelt sich um DEN Knackpunkt, worauf das ganze Fake-Gebäude der Waffenlieferungen an die Ukraine, die mediale Verteufelung des «Aggressors» aufgebaut wurde und «legitimiert» werden soll. Nun fällt mit dem brillanten Text von Prof. Dr. Stephan Sander-Faes das Kartenhaus zusammen, wenn – ja wenn – wir ein funktionierendes Rechtssystem hätten. Um unserer globalen fortschreitenden [Rechtsverluderung](#) Einhalt zu gebieten, wünschen wir diesem Text eine weitreichende Verbreitung. Es können doch nicht alle Juristen dieser Welt so vernagelt sein, dass sie nicht merken, was viele Menschen, ohne juristisches Studium, nur mit ihrem normalen Menschenverstand erkennen: Dass es keine Legitimation für Kriegsdrohungen gegen Russland und auch keine gegen China gibt und dass das Ausbluten der Ukraine mit US- und NATO-Waffen «zum Schutz unserer Werte» niemals zivilisiert, anständig, human oder irgendwie intelligent sein kann. Herzlich Margot und Willy Wahl*

Am 16. Feb. 2022 begannen die regulären ukrainischen Streitkräfte und ihre paramilitärischen Formationen (“Asow-Regiment”) mit dem sich im Verlauf der nächsten Tage intensivierenden Beschuss des Donbass. Die Angehörigen der [OSZE-Beobachtermission](#), die entlang der Waffenstillstandslinie stationiert waren, haben diese penibel verzeichnet und in einer Vielzahl täglicher und thematischer Berichte dokumentiert.

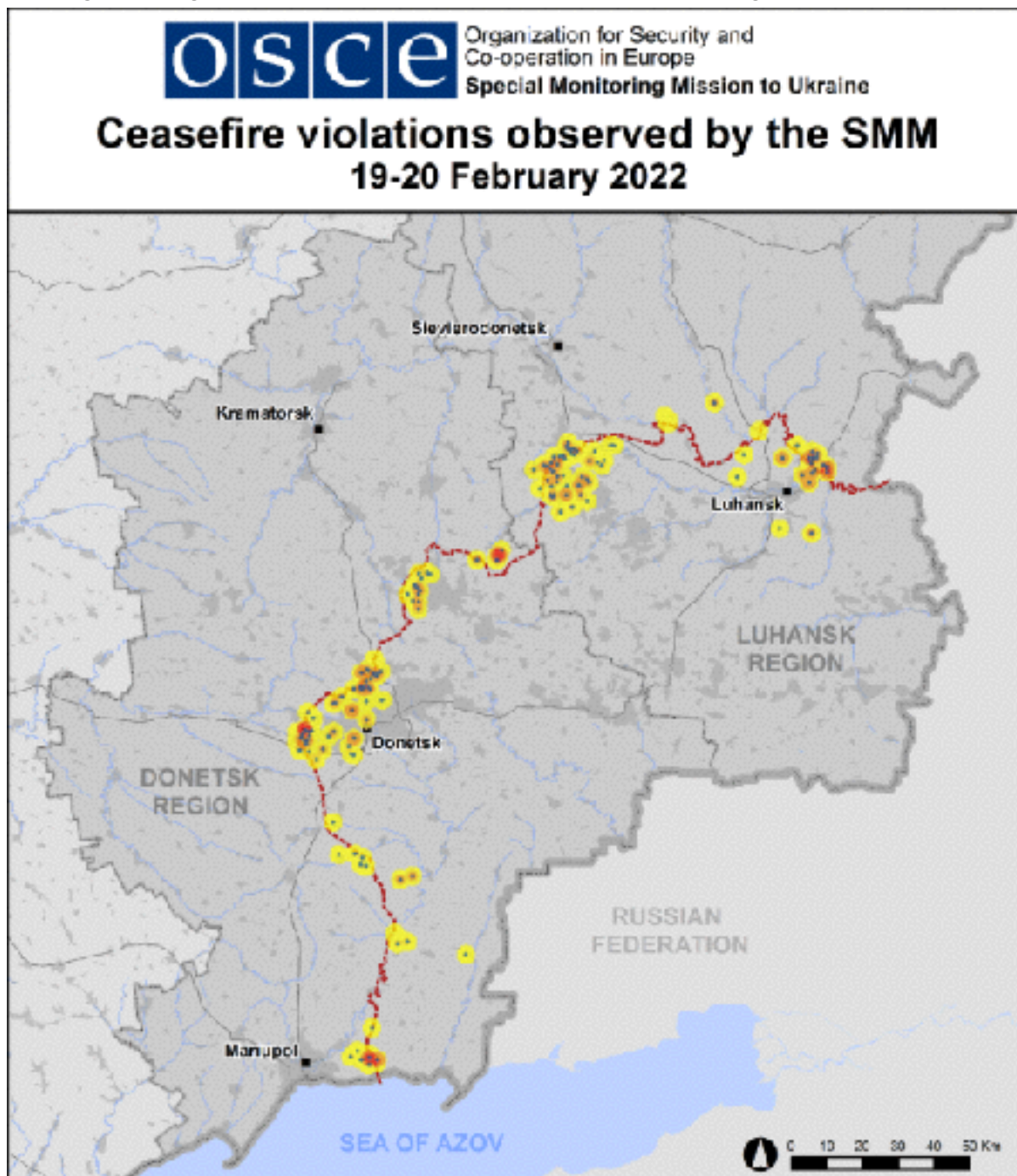
Gleichzeitig berichteten etwa westliche Medien über die drastische Zunahme des Beschusses der mehrheitlich von russischen Ukrainern bewohnten separatistischen Regionen Donetsk und Lugansk. Wie etwa *Reuters* am 18. Feb. 2022 [berichtete](#), äußerte sich Russlands Außenminister Sergej Lawrow dazu wie folgt: “Wir sind sehr besorgt über die Berichte der letzten Tage – gestern [17. Feb. 2022] und [16. Feb. 2022] vorgestern kam es zu einem starken Anstieg des Beschusses mit Waffen, die nach den Minsker Vereinbarungen verboten sind.”

Diese und manch andere Aspekte legte der russische Präsident Vladimir Putin dar, als er sich am 24. Feb. 2022 an die Öffentlichkeit wandte, um die "militärische Spezialoperation" zu [erklären](#). Im kollektiven Westen waren sich die Angehörigen der Politikerkaste und ihre willigen Vollstrecker in den "Leit- und Qualitätsmedien" alsbald einig: ein "unprovoked Angriffskrieg", der rundum verurteilt wurde. Unerwähnt in den meisten Berichten verblieb dabei, dass Putin Art. 51 (7) der UN-Charta als Rechtsgrundlage anführte.

### Der Beschuss der Donbass-Republiken – seit 2014

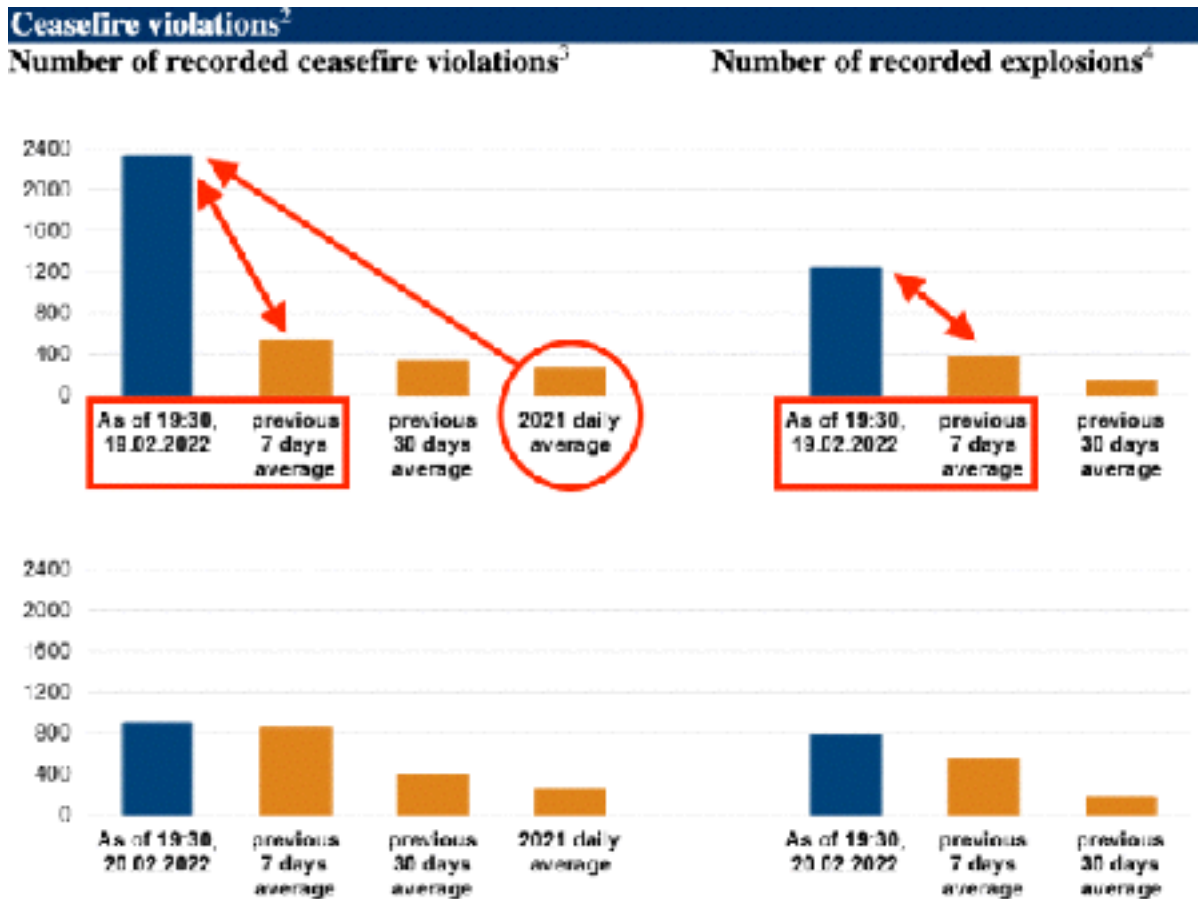
Der Konflikt im Donbass – und anderen Teilen der Ukraine – hängt ursächlich mit der "Farbrevolution" im Februar 2014 zusammen. Diese wurde nachweislich durch die USA herbeigeführt, wie etwa das [Telefonat](#) zwischen Victoria "Fuck the EU" Nuland (führende Neokonservative Hardlinerin, aktuell US-Vizeaußenministerin) und Jonathan Pyatt, damals US-Botschafter in Kiew, belegt. Weitere Belege hierzu finden sich übrigens just in den Berichten, die die Asow-Formationen verherrlichen (worüber ich kürzlich etwa [hier](#) geschrieben habe).

Fortgesetzte Militäraktionen der ukrainischen Regierung haben zu eben jener OSZE-Beobachtermission im Donbass geführt, die vom 21. März 2014 bis 31. März 2022 aktiv war. In deren [Tagesbericht vom 21. Feb. 2022](#) – wohlgemerkt: drei Tage nach Lawrows o.a. Äußerung und drei Tage vor Beginn der Militäroperation – finden sich etwa die folgenden Hinweise:



Ersichtlich ist nicht “nur” die Tatsache, dass die Mehrheit der Ziele in den von den Separatisten kontrollierten Territorien erfolgte, was darauf hinweist, von wem der Beschuss mehrheitlich erfolgt: von den regulären ukrainischen Streitkräften und deren paramilitärischen “Asow-Formationen”.

Sondern auch, dass der von Lawrow kritisierte Beschluss eine drastische Eskalation gegenüber z.B. dem Vorjahr darstellte. Auch hierüber informiert der erwähnte [OSZE-Tagesbericht vom 21. Feb. 2022](#) (S. 2):



[https://www.osce.org/files/2022-02-20-21%20Daily%20Report\\_ENG.pdf?itok=82567](https://www.osce.org/files/2022-02-20-21%20Daily%20Report_ENG.pdf?itok=82567)

**Laut dem eingangs verlinkten Bericht von Reuters hatte der seit 2014 schwelende Konflikt bereits “um die 15.000 Menschenleben” gekostet. Die Mehrheit davon in den von den Separatisten kontrollierten Regionen des Donbass.**

Die Beweislast ist hierzu eindeutig: wer der Mär des “unprovzierten Angriffskrieges” Glauben schenken will, der verweigert sich den Tatsachen, die von der OSZE penibel dokumentiert wurden. Dies bezieht sich ausdrücklich auf die von Russland auch formulierten “Sorgen” ob der drastischen Eskalation seitens der ukrainischen Truppen vor Beginn der russischen Militäroperation, worüber westliche “Leit- und Qualitätsmedien” auch z.T. berichteten. Dies erfolgte allerdings ohne Verweise auf die OSZE-Beobachtermission, deren Berichte die russischen Aussagen belegen.

### Putins Rede am 24. Feb. 2022

Einige Stunden nach Beginn der Militäroperationen erklärte Vladimir Putin der Weltöffentlichkeit diese Beweggründe sehr ausführlich. Den Volltext seiner Rede können Sie übrigens [hier nachlesen](#) (falls Sie in der EU leben, denn dann haben Sie ja einige Probleme, auf russische Inhalte zuzugreifen).

In seinen Ausführungen bezog sich Putin u.a. auf die UN-Charta, spezifisch deren Art. 51 (7), der das Recht auf Selbstverteidigung betrifft:

Die Volksrepubliken des Donbass haben Russland um Hilfe gebeten.

In diesem Zusammenhang habe ich gemäß Artikel 51 (7) der UN-Charta, mit Genehmigung des russischen Föderationsrates und in Ausführung der Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk, die von der Föderalversammlung am 22. Februar ratifiziert wurden, die Entscheidung getroffen, eine besondere Militäroperation angeordnet.

Nebenbei bemerkt – wenn Sie davon an dieser Stelle erstmals lesen, so ist dies kein Zufall. Weder der einschlägige [Bericht der New York Times](#) noch etwa ein [Beitrag von Reuters](#) erwähnen die zitierte Passage. Die Faktenlage wird durch das bewusste Auslassen essentieller Informationen – einer üblichen [Propaganda-Taktik](#) – grotesk verzerrt, um ein anderes Bild zu erzeugen.

Interessanterweise hat die französische Zeitung *Le Figaro* just darüber am 24. Feb. 2022 [berichtet](#), wobei neben antirussischen Sentiments allerdings u.a. folgende Passage zu lesen war:

Um in Mali eingreifen zu können, hatte Frankreich die Behörden in Bamako gebeten, ihnen einen Brief des Präsidenten zu übermitteln, in dem er um Hilfe gebeten hatte. So konnte Paris nach Artikel 51 der Charta und mit Zustimmung des Rates eingreifen. 2015 hatte sich auch Manuel Valls darauf berufen, um Stellungen des Islamischen Staates in Syrien zu bombardieren.

So viel also zu den Anschuldigungen, dass das russische Vorgehen “[beispiellos](#)” sei.

Was aber steht genau in [Art. 51 \(7\) der UN-Charta](#) (meine Hervorhebungen)?

Diese **Charta beeinträchtigt** im Falle eines bewaffneten Angriffskrieges gegen ein Mitglied der Erneuernten Vereinten Nationen **keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung**, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. **Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechtes trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen**; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für erforderlich hält.

Wir halten also fest, dass das “naturgegebene Recht zur...Selbstverteidigung” davon nicht nur nicht “beeinträchtigt” wird, sondern dass jegliche hierunter unternommenen Maßnahmen “dem Sicherheitsrat [der Vereinten Nationen] sofort anzuzeigen” sind.

Beides also Verpflichtungen, denen Russland augenscheinlich nicht nur nachgekommen ist, sondern auch keineswegs beispiellos sind, wie dies etwa unter Verweis auf die französische Intervention in Mali 2015 belegt ist.

### **Das Völkerrecht und seine selektive Anwendung**

Zweifelsfrei existieren Berichte in westlichen “Leit- und Qualitätsmedien”, die diesen Tatsachen widersprechen. Ein besonders gutes Beispiel für Propaganda – erneut durch bewusste Auslassung – ist etwa ein von Elizabeth Wilmshurst am 24. Feb. 2022 in offenkundiger Eile und mit Vorsatz zusammengewürfelter [Beitrag](#), dem die folgenden Passagen entnommen wurden. Wilmshurst ist übrigens Distinguished Fellow im “International Law Programme” des Transatlantik-Think Tanks “Chatham House”, weswegen weder Tonfall noch Ausrichtung verwunderlich sind (meine Hervorhebungen):

Putin sagte, “die Volksrepubliken des Donbass haben sich mit einem Hilfesuch an Russland gewandt”, und versuchte, sein militärisches Vorgehen mit Art. 51 der [UN-]Charta zu rechtfertigen.

**Das Recht auf kollektive Selbstverteidigung gilt jedoch nur für Staaten** – humanitäre Interventionen zugunsten von Einzelpersonen in einem Staat haben im Völkerrecht keinen Platz gefunden. Und es ist nur Russland, das die Staatlichkeit der beiden Regionen anerkannt hat.

Etwas weiter unten im Text findet sich folgende Passage:

Putin wiederholte am 23. Feb. [2022] seine frühere Behauptung, dass **die Bevölkerung der beiden abtrünnigen Republiken von der ukrainischen Regierung unterdrückt** wird und dass sogar ein **Völkermord an ihnen begangen wird**. **Diese unbegründete Behauptung bezieht sich nicht nur auf die Behauptung der Selbstverteidigung dieser Regionen**, sondern auch auf die “Anerkennung” dieser Regionen als eigene Staaten durch Russland.

Die abenteuerlichsten Passagen aber beziehen sich auf das Völkerrecht in diesen Zusammenhängen:

**Das Völkerrecht gibt den Bewohnern eines Teils eines Staates nicht das Recht, sich von diesem Staat abzuspalten**. Der Aspekt der Selbstbestimmung, der die Unabhängigkeit eines “Volkes”

ermöglicht, gilt für Völker in Kolonien und anderen überseeischen Gebieten, die von einem anderen Staat besetzt sind. **Der andere Aspekt der Selbstbestimmung ist "intern" und umfasst das Recht, den politischen Status frei zu wählen und die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung innerhalb des Staates zu verfolgen** – so wie es die Minsker Vereinbarungen für Donezk und Luhansk vorsehen.

**Im Völkerrecht gibt es eine etwas umstrittene Theorie, die ein Recht auf Abspaltung von einem Staat einräumt, wenn das betreffende Volk extremen Menschenrechtsverletzungen und systematischer Unterdrückung ausgesetzt ist.** Dabei handelt es sich um die Theorie der "remedial secession", die einige Länder wie die Schweiz vor dem Internationalen Gerichtshof im Zusammenhang mit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo von Serbien geltend gemacht haben – eine Unabhängigkeit, die von Russland noch immer nicht anerkannt wird.

Aber **diese Theorie wird von den internationalen Gerichten nicht gestützt**, und selbst wenn, hat Russland selbst bereits erklärt, dass ein Recht auf Abspaltung nur unter wirklich extremen Umständen möglich ist, wie z.B. bei einem bewaffneten Angriff des Mutterstaates, der die Existenz des betreffenden Volkes bedroht (siehe die Eingaben Russlands an den IGH im Kosovo-Fall, Paragr. 88).

Besonders abenteuerlich – und klar in das Reich der Propaganda zu verbannen – sind diese Ausführungen allemal. Die beiden verlinkten Unterlagen an den Internationalen Gerichtshof stammen aus den Jahren 2008 (die Schweizer Eingabe) und 2009 (die Eingabe Russlands). Denn Wilmshurst verweist in ihrem Beitrag jedoch *nicht* auf die "Advisory Opinion" des Internationalen Gerichtshofes, die im Jahr 2010 veröffentlicht wurde. Dort heißt es zu den erwähnten Umständen – also "ob die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht erfolgte" (S. 6) – wie auf S. 406 wie folgt (meine Übersetzung bzw. Hervorhebungen):

**General international law contains no applicable prohibition of declarations of independence** — Declaration of independence of 17 February 2008 did not violate general international law.

**Das allgemeine Völkerrecht enthält kein anwendbares Verbot von Unabhängigkeitserklärungen** – die Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008 verstößt nicht gegen allgemeines Völkerrecht.

Dies müsste der Völkerrechtlerin Wilmshurst im Februar 2022 wohl bekannt gewesen sein, Erwähnung findet dies in ihrem Beitrag jedoch nicht. Was angeführt wird, ist vielmehr der folgende Absatz:

Die Situation in der Ukraine kann jedoch in keiner Weise als Bedrohung für Russland ausgelegt werden. Weder die Ukraine noch die NATO-Mitgliedstaaten haben Russland Gewalt angedroht. Es gibt nichts, was einen militärischen Angriff Russlands auf die Ukraine rechtlich rechtfertigen würde.

Wir lernen daraus: das selektive Anwenden von Prinzipien und Rechtstexten ist offenbar Standard in Transatlantik-Think Tanks.

**"Um die 15.000 Tote" – mehr als die doppelte Anzahl der im Srebrenica-Massaker ermordeten Menschen (das laut Wikipedia übrigens auch als "Völkermord" bezeichnet wird) – und das Hilfsansuchen der Republiken Donetsk und Lugansk gelten nicht als ausreichende Gründe für die Völkerrechtlerin Wilmshurst.**

Vielleicht sollte man diesbezüglich bei der selbstdeklarierten "Völkerrechtlerin" Annalena Baerbock nachfragen?

**Die Hintergründe des Ukraine-Konflikts: US-Hegemonie**

Jegliche Erklärung, warum im kollektiven Westen das Völkerrecht oder humanitäre Verweise nicht gelten können, ist untrennbar mit der Tatsache der US-Hegemonie nach 1945 verbunden. Die Vereinigten Staaten waren der unumstrittene Sieger des 2. Weltkriegs – und haben die Nachkriegszeit entsprechend umfassend geplant (TKP berichtete). So schrieb etwa George F. Kennan (1904-2005), Architekt des "Kalten Krieges", im Jahr 1948 recht unumwunden über die Beweggründe der US-Außenpolitik (meine Hervorhebungen):

Furthermore, we have about 50% of the world's wealth but only 6.3% of its population. This disparity is particularly great as between ourselves and the peoples of Asia. In this situation, we cannot fail to be the object of envy and resentment. Our real task in the coming period is to devise a pattern of relationships which will permit us to maintain this position of disparity without positive detriment to our national security. To do so, we will have to dispense with all sentimentality and day-dreaming; and our attention will have to be concentrated everywhere on our immediate national objectives. We need not deceive ourselves that we can afford today the luxury of altruism and world-benefaction.

Wir haben etwa 50 % des Reichtums der Welt, aber nur 6,3% der Weltbevölkerung...Unsere eigentliche Aufgabe in den kommenden Jahren ist es, eine Reihe von internationalen Beziehungen zu errichten, die es uns ermöglichen, diese Position der Ungleichheit aufrechtzuerhalten.

Was aber tun die europäischen Vasallen der USA? Angela Merkel und François Hollande haben zwischenzeitlich zugegeben, die Minsker Abkommen sabotiert zu haben ([TKP berichtete](#)).

Hierzu nehmen sich die [russischen Vorschläge](#) an den kollektiven Westen vom Dezember 2021 als ein Paradebeispiel von Vernunft und Völkerverständigung aus, deren Kern wohl in der Promulgierung [kollektiver und wechselseitiger Sicherheitsgarantien](#) auszumachen ist. Diese Vorschläge wurden seitens der USA abgelehnt. Der Rest, wie es so schön heißt, ist Geschichte.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Dieser Beitrag mag als Sachverhaltsdarstellung zu dem Ukraine-Konflikt dienen. Die folgenden Punkte sind besonders bedeutsam und sollen als Grundlage für das historische Verständnis und die hoffentlich bald erfolgende Beilegung des Konflikts dienen:

1. Wer hat den Krieg begonnen?  
Antwort: die Ukraine hat den Krieg begonnen.
2. War die russische Intervention ein Verstoß gegen das Völkerrecht?  
Antwort: nein, die russische Intervention ist gemäß Art. 51 der UN-Charta angezeigt worden und ist demnach nicht völkerrechtswidrig.
3. Hätte der Konflikt vermieden werden können, wenn die Ukraine ihre Neutralität erklärt und Russlands Forderungen nach wechselseitigen Sicherheitsgarantien erfüllt worden wäre?  
Antwort: Ja, der Konflikt hätte vermieden werden können.

Im letzten Punkt geht es um den Minsker Vertrag und darum, wie sich die Unehrllichkeit der westlichen Eliten auf die endgültige Regelung in der Ukraine auswirken wird.

Ich bin davon überzeugt, dass weder Washington noch die NATO-Verbündeten eine Vorstellung davon haben, wie stark die internationalen Beziehungen und das Völkerrecht durch den westlichen Verrat der beiden Minsker Abkommen in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

In einer Welt, in der rechtsverbindliche Vereinbarungen im Namen der politischen Opportunität leichtfertig über Bord geworfen werden können, ist der einzige Weg zur Beilegung von Streitigkeiten die Anwendung militärischer und anderer Gewalt.

Es stellt sich daher die Frage, ob irgendetwas in Washington, Berlin, London, Paris oder a.a.O. darüber nachgedacht hatte, bevor die erwähnten Handlungen gesetzt wurden. Es sieht in jedem Fall

nicht danach aus – oder man hat dies in der Erwartung eines raschen ukrainischen Sieges in Kauf genommen.

Wenn Russland der Vernichtung entgehen will, ist der Kreml daher gezwungen, so zu agieren, wie es nötig ist, um sicherzustellen, dass Russlands Existenz gesichert ist. Putin, Lawrow und Medwedew haben genau dies mehrfach ausgeführt. Wer dies nicht wahrhaben möchte, sollte zudem bedenken, ob die [seitens der USA](#) und ihrer v.a. [polnischen Lakaien](#) geäußerten Asichten nicht den Tatbestand der “Vorbereitung eines Angriffskrieges” erfüllen.

Darüber hinaus steht zu erwarten, dass Russlands neue Sicherheitszone permanent mit Kampftruppen und entsprechenden Waffensystemen befestigt wird, die in höchster Alarmbereitschaft gehalten werden. Wenn internationale Verträge – Minsker Abkommen I und II sind übrigens als [verabschiedete Resolutionen des UN-Sicherheitsrats](#) Teil des Völkerrechts – als politisches Kleingeld eingesetzt werden, dann ist es nicht mehr weit bis zum Krieg aller gegen jeden.

Dies ist die Welt, die Obama, Trump und Biden sowie deren willige Vollstrecker Merkel, Hollande, Poroschenko und Zelenskyy geschaffen haben, indem sie sich dafür entschieden haben, den “Eckpfeiler der internationalen Beziehungen” (Verträge) zu nutzen, um ihre eigenen engstirnigen kriegstreiberischen Ziele voranzutreiben.

NACHTRAG: in den ersten beiden Absätzen und an anderer Stelle einmal habe ich irrtümlich “2023” anstatt “2022” betreffend die Eskalation des Konflikts vor einem Jahr geschrieben; vielen Dank den aufmerksamen Kommentatoren, die dies – “noch” vorab der Veröffentlichung der Kommentare – bemerkt haben. Ich habe diese Fehler korrigiert, an der Substanz des Beitrags ändert dies nichts.

Quelle: <https://tkp.at/2023/02/08/putin-der-ukraine-krieg-und-das-voelkerrecht/>

[Assoc. Prof. Dr. Stephan Sander-Faes](#)

*PS: Buchempfehlung: Thomas Röper dokumentiert minutiös den ganzen Verlauf seit 2014 mit zahlreichen Hinweisen (einschließlich des OSZE-Berichts):*

<https://www.j-k-fischer-verlag.de/J-K-Fischer-Verlag/Die-Ukraine-Krise-2014-bis-zur-Eskalation--8636.html?MODsID=f646ffb365b71b286026e00f51356522>

xxx



## Bröselt die Unterstützung der Ukraine seitens der Biden-Regierung?

OVERTON, Florian Rötzer, 13. März 2023

**Bachmut, Nord Stream, Angriffe auf Russland und die Krim: Es mehren sich die Zeichen, dass Washington nach Auswegen aus dem Krieg sucht.**

Wer lesen wollte, konnte schon an den durchgestochenen Informationen der US-Geheimdienste an die New York Times über [die „ukrainische Spur“ zu den Anschlägen auf die Nord Stream-Pipelines](#) erkennen, dass trotz aller weiter geleisteten und verkündeten Unterstützung der Ukraine der Wind aus Washington verändert. Wenn Biden zu den Präsidentschaftswahlen antreten wird, kann er nicht ohne Weiteres und vor allem ohne erkennbare militärische oder politische Fortschritte weiter Waffen und Geld in die Ukraine pumpen. Zudem vertraut man in Washington zurecht nicht der ukrainischen Führung, nicht vermehrt provokativ Ziele in Russland und auf der Krim anzugreifen, um den Krieg zu eskalieren, was Biden, der eher auf die Konfrontation mit China ausgerichtet ist, auf keinen Fall will.

In dem Sinne [berichtete](#) gestern Politico, dass die ukrainisch-amerikanische Einheit im Krieg langsam auseinanderfalle. Besonders die vergangene Woche habe eine gestörte Harmonie offenbart. Da fand auch der Eilbesuch von Scholz in Washington statt, bei dem es auch um die Position zur Ukraine und Russland gegangen sein wird.

Konfliktpunkte sind selbstverständlich die auch bei der US-Regierung fehlenden Kriegsziele und die Wege zu einer Beendigung des Kriegs. In Deutschland werden diese Themen von der breiten



politischen Unterstützung für die Ukraine, die auf Militärhilfe und den Sieg über Russland ausgerichtet ist, bislang beiseite gewischt und Forderungen nach Verhandlungen dämonisiert, obgleich die verfolgten Kriegsziele nicht genannt werden und man sich hinter der Formel versteckt, dass die Ukrainer entscheiden müssen, als ob einen das der Verantwortung enthöbe.

Politico will mit 10 Regierungsmitarbeitern, Abgeordneten und Experten gesprochen haben. Genannt wurden einige neu entstandene Konfliktthemen: die Sabotage von Nord Stream, wo versucht wird, den Verdacht auch auf Kosten der Ukraine von Washington wegzulenken, die kräftezehrende Schlacht um die strategisch wenig bedeutsame Stadt Bachmut und der Plan, die Krim zurückzuerobern.

### **Bachmut oder die Erinnerungen an Stalingrad**

Es heißt, dass es wegen Bachmut auch einen Konflikt zwischen Selenskij und dem Oberkommandierenden Saluschni gibt, der dafür sein soll, die Truppen aus der zur Festung ausgebauten, aber schon halb verlorenen Stadt zurückziehen und den „Fleischwolf“ zu beenden, der immer mehr ukrainische Soldaten frisst. Für Selenskij ist – hier wiederholt sich die Geschichte um den „heldenhaften Widerstand“ in Mariupol – Bachmut ein neues Stalingrad, das wegen der Symbolik und gegen die militärische Logik verteidigt werden müsse. Würden sich die Truppen zurückziehen, wären nicht nur die russischen Streitkräfte dort nicht mehr so gebunden, sondern könnte Russland einen Sieg vermelden, den es ebenso dringend braucht wie Kiew. Vermutlich steht Selenskij sowieso seit einiger Zeit unter erheblichem Druck auch seitens Washington, wieder militärische Erfolge vorweisen zu müssen, um die Unterstützung politisch in den USA und in den Nato-Staaten aufrechtzuerhalten.

Allerdings scheint sich aus Sicht von Washington oder vielmehr des Pentagon Selenskij mit Bachmut zu verrennen. Es deutet sich an, dass die Stadt bald eingekesselt sein wird. Die Abnutzungsschlacht kostet nicht nur viele Menschenleben, sondern vernichtet auch Material. Beides wird auf die Länge die militärische Kapazität der Ukraine schwächen und Offensiven erschweren, die bei Rückeroberungen zudem die Folge hätten, dass dann dort ukrainische Truppen gebunden wären, die woanders fehlen. US-Verteidigungsminister Austin sprach sehr deutlich davon, dass Bachmut nur symbolische Bedeutung habe, keine strategische oder operative. Politico merkt man, dass man in Kiew darauf bislang nicht reagiert habe.

Zwar verbreitet die ukrainische Führung, beispielsweise Oleksiy Danilov, der Leiter des Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrats, Meldungen, dass die Russen, alles voran die Wagner-Einheiten, gewaltige Verluste erleiden würden, während die Verteidigung der Festung gesichert sei, aber das werden auch immer weniger Ukrainer selbst glauben. Danilov [verspricht](#), dass die Russen „definitiv in Bachmut verlieren“, ebenso wie die Faschisten in Stalingrad verloren haben: „Unser Militär verteidigt die glorreiche Stadt Bakhmut, unser Militär steht, dies ist unsere Festung. Wir uns gar nicht vorstellen, wie nützlich es für das Land, für unsere Armee in naher Zukunft sein wird, was sie jetzt tun. Dort wird eine riesige Menge an Abschaum, der in unser Gebiet eingedrungen ist, aufgeschüttet. Wie Generaloberst Syrsky berichtet hat, sind alle Straßen und das Gebiet um die Stadt mit den Leichen von Russen und Wagneriten übersät. Niemand bringt sie weg, denn niemand braucht sie.“ Kollaborateure würden in großen Mengen aus Donezk und Lugansk flüchten. Von den eigenen Verlusten wird nicht gesprochen, die sehr hoch sein sollen. Auch Selenskij [sagte](#), innerhalb einer Woche seien 1100 russische Soldaten getötet und 1500 verletzt sowie 10 Munitionslager zerstört worden.

### **Risse in der Solidarität**

Für Politico hat Biden mit den neuen Hinweisen auf die Täterschaft der Anschläge auf die Pipelines erneut durchblicken lassen, dass Angriffe außerhalb der Ukraine von ihm abgelehnt werden.

Unbehagen habe es bei der US-Regierung, so zwei Mitarbeiter des Weißen Hauses, auch wegen der immer weiter getriebenen Forderungen nach mehr und schwereren Waffen gegeben. Die USA hätten die meisten Waffen geliefert, aber keinen entsprechenden Dank von Selenskij erhalten. Nach der New York Times hat das Pentagon sich zudem [geweigert, Informationen über von Russen begangene Kriegsverbrechen an den Internationalen Gerichtshof zu übergeben](#), wie das vom Rest der Regierung und natürlich von der Ukraine gewünscht ist. Und dann wächst die Kritik seitens einiger republikanischen Abgeordneten, die Ukraine unbegrenzt weiter mit Steuergeldern zu unterstützen, wenn ein Ende des Krieges nicht in Sicht ist.

Politico verweist auf Kevin McCarthy, den Sprecher des Repräsentantenhauses, der schon einmal sagte, dass die USA keinen „Blankoscheck“ mehr an die Ukraine geben werde, und der nun eine

Einladung von Selenskij zu einem Besuch von Kiew ausgeschlagen hat, um selbst die Realität des Kriegs zu erfahren. Das zeigt, dass er auf Distanz zur Ukraine und zu Selenskij bleiben will.

Politico vollzieht einen Spagat und will gleichzeitig auf die transatlantische Einheit und die starke Unterstützung der Ukraine, also auch auf die Risse zeigen. „Bis auf Weiteres hält Biden an seiner Aussage fest, dass die Vereinigten Staaten alle Entscheidungen über Krieg und Frieden Selenskij überlassen werden. Aber in Washington wird bereits darüber geredet, wie haltbar dies sein wird, wenn der Krieg weitergeht und eine weitere Präsidentschaftswahl bevorsteht“, heißt es. Man wird allerdings davon ausgehen müssen, dass für Biden Kiew schnell Erfolge liefern, aber sich gleichzeitig zurückhalten muss, um nicht eine Erweiterung des Kriegs zu provozieren.

Mit der Verteidigung von Bachmut wird Selenskij die Unterstützung nicht halten, sondern höchstens mit einer erfolgreichen Offensive. Die wird von Kiew vorbereitet, Russland hat hingegen seine Verteidigungslinien ausgebaut. Eine Wiederholung von Cherson oder Charkiw, wo sich die russischen Truppen zurückzogen, wird nicht mehr so einfach möglich sein, zumal die ukrainischen Truppen dann die Angreifenden sind und nach militärischer Logik zahlenmäßig deutlich überlegen sein müssten.

### **Die ukrainische Offensivgarde – das letzte Aufgebot?**

Für die geplante und erwartete ukrainische Offensive spielt aber die reguläre Armee nicht die primäre Rolle, sondern eine neue „Offensivgarde“ mit jetzt rekrutierten Freiwilligen für acht Brigaden unter der Leitung von Freiwilligenverbänden wie Asow. Das könnte darauf hindeuten, dass man sich in Kiew nicht auf die reguläre Armee und den Oberbefehlshaber Saluschni verlassen will oder kann oder dass es wegen der hohen Verluste an ausgebildeten, einsatzbereiten und kampfwilligen Truppen mangelt. Natürlich weiß man auch in Kiew, dass die Freiwilligenverbände schon 2014 militärisch entscheidend waren, man wird auch berücksichtigen, dass der russische Gegner auch verstärkt auf Söldner und Verbände von Kadyrov setzt und damit Erfolge erzielt hat.

Es sollen sich bereits 28.000 Männer und Frauen für die „Offensivgarde“ gemeldet haben. Wie stark die Brigaden sein sollen, wird nicht mitgeteilt. Alle Einheiten seien aber bereits aufgestellt, [heißt](#) es aus dem Innenministerium, dem die Freiwilligengarde unterstellt ist, nicht dem Verteidigungsministerium! Mit der Ausbildung sei begonnen worden. Die Offensive müsste in ein oder zwei Monaten stattfinden, wenn die Böden wieder trockener sind. Die russischen Truppen werden vorbereitet sein.

Was wird passieren, wenn die Offensive nicht zustande kommt oder zurückgeschlagen wird, wenn die russischen Truppen Bachmut einnehmen und weiter vorrücken, schließlich ist ein Ziel Russlands, die Front soweit nach Westen zu schieben, dass Donezk und Lugansk nicht mehr dem Beschuss offenstehen? Wie werden dann Washington und Berlin reagieren? Es weiter Selenskij überlassen, ob und wann er Verhandlungen eingehen wird und welche Kompromisse dafür notwendig sein werden? Haben sich die Ukraine-Unterstützer darauf eingestellt, wie die vielen rechtsnationalistischen, schwer bewaffneten Freiwilligenverbände sich verhalten werden, wenn Selenskij „Verrat“ begeht und Verhandlungen beginnt?

Wir hören auch nichts darüber, wie Kiew vorgehen soll, wenn es weitere Siege erzielt und Gebiete zurückerobert – oder wenn tatsächlich die Macht im Kreml zerfallen sollte, wenn die Ukraine Siege erzielt, die russischen Truppen aus der Ukraine treiben und vielleicht in russische Grenzgebiete einrücken würde.

### **Ähnliche Beiträge:**

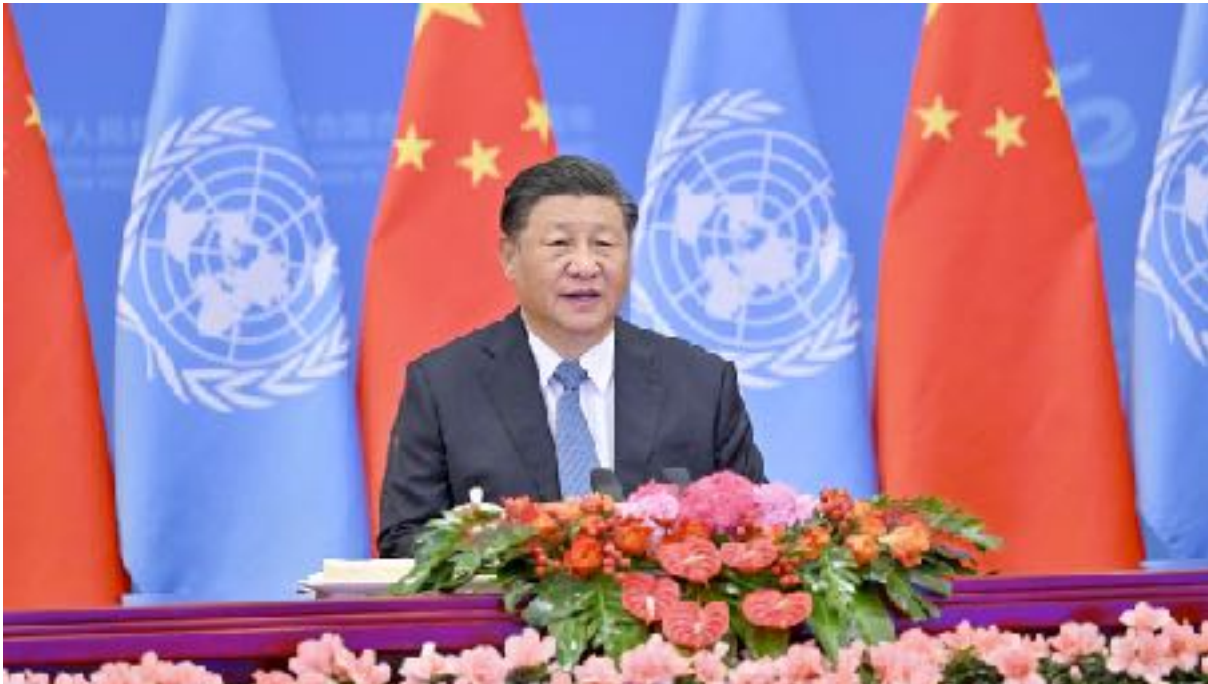
- [Der wirkliche Selenskij: vom prominenten Populisten zum unpopulären Neoliberalen im Pinochet-Stil](#)
- [Stand der militärischen Lage in der Ukraine Anfang Juni](#)
- [Hat Boris Johnson Selenskij gedrängt, Verhandlungen mit Russland einzustellen?](#)
- [Der längste Krieg in Europa seit 1945](#)
- [„Deutschland zahlt den Preis für den von den Amerikanern gegen Russland geführten Krieg“](#)
- 

xxx

## Lagebericht Ukraine: Xi will mit Putin und Selenskij sprechen

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN, 13.03.2023

Berichten zufolge plant Chinas Staatschef Gespräche mit beiden verfeindeten Regierungen. Lesen Sie alle weiteren wichtigen Meldungen zum Krieg im Liveticker.



Chinas Staatspräsident Xi Jinping. (Foto: dpa)

Chinas Staatschef Xi Jinping will einem Medienbericht zufolge bald erstmals seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij sprechen. Wie das [Wall Street Journal](#) unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Personen berichtet, soll das Gespräch wahrscheinlich nach Xis Besuch beim russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau stattfinden, der wohl für die nächste Woche geplant sei.

Insidern zufolge plant Xi nächste Woche ein Treffen mit Putin in Moskau. Einen Besuch Xis in Moskau hatte Putin bereits im Februar angekündigt, als der chinesische Spitzendiplomat Wang Yi in Moskau weilte. China hatte zum Jahrestag des Kriegsbeginns einen [Zwölf-Punkte-Plan für eine Waffenruhe und Friedensverhandlungen](#) vorgelegt.

Die diplomatischen Bemühungen Pekings im Ukraine-Konflikt sind bemerkenswert, weil das Land auch bei der jüngsten Annäherung der Erzfeinde Saudi-Arabien und Iran vermittelt hatte.

**Lesen Sie dazu:** [Saudi-Arabien und Iran wollen Beziehungen normalisieren](#)

### Liveticker Ukraine

17.07 Uhr - Russland widersetzt sich nicht grundsätzlich einer befristeten Verlängerung des Getreide-Abkommens mit der Ukraine, berichtet die Nachrichtenagentur Ria Novosti unter Berufung auf den stellvertretenden russischen Außenminister. Demnach könnte das am Samstag auslaufende Abkommen um 60 Tage erweitert werden. Der unter Vermittlung der UN und der Türkei zustande gekommene Vertrag ermöglicht den Export ukrainischen Getreides durch das von Russland kontrollierte Schwarze Meer.

16.55 Uhr - US-Präsident Joe Biden will so viel Geld wie nie zuvor in Friedenszeiten beziehungsweise in Zeiten ohne aktive Beteiligung an einem Krieg für Rüstung ausgeben. Seine Haushaltsplanungen sehen dafür 886 Milliarden Dollar vor. Demnach sollen 842 Milliarden Dollar ans Verteidigungsministerium gehen, 44 Milliarden Dollar an Verteidigungs-bezogene Projekte etwa bei der Ermittlungsbehörde FBI. Im vergangenen Jahr hatten die USA 858 Milliarden Dollar für Verteidigung ausgegeben.

15.53 Uhr - Der Internationale Strafgerichtshof wird nach Einschätzung einer über den Vorgang informierten Person in Kürze Haftbefehle gegen bestimmte Russen beantragen. Demnach werfen die Strafverfolger den Beschuldigten vor, an der Entführung ukrainischer Kinder und an Angriffen auf zivile Ziele in der Ukraine beteiligt gewesen zu sein. Der Staatsanwalt am Strafgerichtshof, Karim Khan, hatte vor einem Jahr Ermittlungen wegen möglicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingeleitet.

09.15 Uhr - Der Sekretär des russischen Nationalen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, bezweifelt, dass eine pro-ukrainische Gruppe hinter den Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines steckt. Die russische Regierung wisse noch nicht, wer genau für die Anschläge verantwortlich sei, erklärt Patruschew der russischen Nachrichtenagentur Interfax zufolge. Die Ukraine habe durch die Zerstörung der Gas-Pipelines nichts gewonnen, sagt Patruschew, der ein enger Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin ist und als Sekretär des Sicherheitsrates enormen Einfluss in der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik hat. Deutsche und US-Medien haben berichtet, der US-Geheimdienst gehe davon aus, dass hinter den Explosionen im September eine pro-ukrainische Gruppe stecke. Russland spricht von einem terroristischen Angriff und vermutet, dass westliche Staaten dahinterstecken.

07.40 Uhr - Die Lage um Bachmut im Osten der Ukraine bleibt nach Angaben des ukrainischen Militärs angespannt. Alle Versuche des Feindes, die Stadt einzunehmen, würden aber zurückgeschlagen - mit Panzern, Artillerie und anderer Feuerkraft, teilt der Kommandeur der ukrainischen Bodentruppen, Olexandr Syrskji, auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Die russische Söldner-Gruppe Wagner greife aus mehreren Richtungen an und versuche, die Verteidigungslinien zu durchbrechen und ins Zentrum von Bachmut vorzudringen, erklärt Syrskji. Die ukrainischen Truppen kontrollieren den Westen der Stadt, die russischen Söldner-Einheiten den größten Teil des Ostens. Die Frontlinie bildet nach britischen Geheimdienstangaben der Fluss Bachmutka, der durch die Stadt fließt.

06.50 Uhr - In der an die Ukraine grenzenden südrussischen Region Belgorod hat die Luftabwehr laut Behördenangaben vier Raketen abgeschossen. Dabei sei ein Menschen verletzt worden, teilt Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow über den Kurznachrichtendienst Telegram mit. Zwei Wohnhäuser seien durch Raketentrümmer beschädigt worden. Belgorod grenzt an die nordostukrainische Region Charkiw und ist seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine vor mehr als einem Jahr mehrfach unter Beschuss geraten. Die Ukraine äußert sich selten zu russischen Vorwürfen über Angriffe auf Gebiete in Russland oder auf russisch kontrolliertes Gebiet.

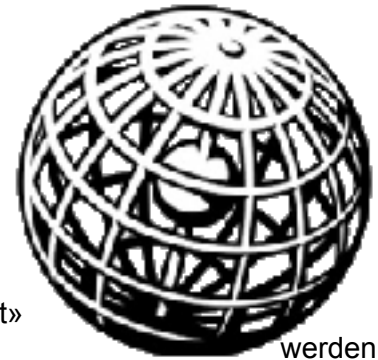
01.03 Uhr - Die Strafmaßnahmen der Ukraine gegen einen mit Russland verbundenen Zweig der orthodoxen Kirche sind nach den Worten des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj Teil des Bestrebens, "geistige Unabhängigkeit" zu erlangen. "Diese Woche wurde ein weiterer Schritt zur Stärkung unserer geistlichen Unabhängigkeit unternommen", sagte Selenskyj in seiner nächtlichen Videoansprache ohne direkten Verweis auf das Vorgehen der ukrainischen Behörden am Freitag. Die Kirche war am Freitag aufgefordert worden, ihren Sitz im 980 Jahre alten Klosterkomplex Pechersk Lawra bis zum 29. März zu verlassen. Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, bat daraufhin Papst Franziskus und andere religiöse Führer um Hilfe. Kyrill hat den Einmarsch Russlands in die Ukraine nachdrücklich unterstützt. Selenskyj und andere Politiker beschuldigen die alteingesessene Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOC), die Ukraine zu untergraben und mit der Regierung in Moskau zu kollaborieren.

xxx

## Anschlag auf die Demokratie

Margit Osterloh und Bruno S. Frey

Deutsche Aktivisten der «Letzten Generation» rufen nach Bürgermitsprache in der Klimapolitik. Sie sehen darin ein Instrument, um ihre radikalen Ziele diktatorisch umzusetzen.



Die radikalen Klimaaktivisten der «Letzten Generation» wollen einen «demokratischen Umbau der Gesellschaft» durch einen «Gesellschaftsrat» herbeiführen. Dieser soll per Los aus der gesamten Bevölkerung gewählt werden. Mehrere deutsche Zeitungen – unter anderen die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die *Zeit* – haben wohlwollend darüber berichtet. Leider sind sie der «Letzten Generation» auf den Leim gegangen: Die radikalen Klimaaktivisten haben keineswegs mehr Demokratie im Sinn, sondern wollen ihre Ziele, welche anderweitig nicht durchsetzbar sind, demokratisch verbrämen.

### Quoten erübrigen sich

Sie missbrauchen damit das Losverfahren auf undemokratische Weise. In der Schweiz hat die *NZZ* das Thema aufgenommen, aber mit der Kritik am «Gesellschaftsrat» das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Das zutiefst demokratische Losverfahren wird insgesamt diskreditiert.

Worum geht es? Der «Gesellschaftsrat» soll aus einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung bestehen. Von Expertinnen und Experten beraten, soll er in professionell moderierten Kleingruppen politische Massnahmen vorschlagen. So weit, so gut.

### **Hier sollen Ziele erreicht werden, die auf demokratischem Weg nicht erreichbar sind**

Die Zufallsauswahl von Mitgliedern politischer Gremien hat in der Tat Vorzüge gegenüber anderen politischen Verfahren. Sie ermöglicht echte Repräsentativität. Diskriminierung, etwa nach Geschlecht, Ausbildung oder Hautfarbe, wird verhindert. Quoten erübrigen sich. Im Gegensatz dazu sind in den heutigen Parlamenten gutorganisierte Interessengruppen und bestimmte Berufe krass übervertreten: Im Nationalrat sind nicht weniger als 37 Prozent Berufspolitiker. 61 Prozent der Mitglieder des Nationalrats haben einen Hochschulabschluss, gegenüber 27 Prozent in der Gesamtbevölkerung. Ausgerechnet die SP hat einen besonders hohen Akademikeranteil, nämlich 80 Prozent. Damit ist der Nationalrat ein hochselektives Organ, das weit davon entfernt ist, für die Bevölkerung repräsentativ zu sein.

Wer den Aufruf der «Letzten Generation» für einen Gesellschaftsrat (<https://letztegeneration.de/gesellschaftsrat/>) genauer anschaut, merkt rasch: Hier sollen Ziele erreicht werden, die auf demokratischem Weg nicht erreichbar sind. Dem «Gesellschaftsrat» wird ein präzises inhaltliches Ziel vorgegeben, nämlich null Emissionen bis 2030. Nur die Massnahmen zur Erreichung dieses Ziels dürfen beraten werden, nicht aber, ob dieses Ziel vernünftig oder demokratisch legitimiert ist. Die vom «Gesellschaftsrat» beschlossenen Massnahmen sind von der Regierung eins zu eins umzusetzen. Damit wird ein wichtiges Merkmal demokratischer Verfahren auf den Kopf gestellt, nämlich dass ergebnisoffen über aktuelle Fragen diskutiert werden kann.

Per Los gewählte «Bürgerräte» werden in einigen Ländern bereits erfolgreich eingesetzt – etwa in Irland zur Änderung der Verfassung. Diese Gremien muss man vor falschen Freunden wie den Klimaaktivisten schützen, welche das zutiefst demokratische Losverfahren diskreditieren. Losverfahren sind in den letzten Jahren wieder verstärkt in die Diskussion geraten. Sie waren bis zur Französischen Revolution in zahlreichen Schweizer Gemeinden allgegenwärtig, so in Basel, Bern und Glarus. Danach sind sie verschwunden, unter anderem weil die nach wie vor dominanten Eliten die unteren Klassen von der Macht fernhalten wollten.

### Chancen für Aussenseiter

Wie kann man diese Verfahren heute wiederbeleben? Eine Idee wäre, aus allen Bevölkerungsschichten zufällig gewählte Ausschüsse zu installieren, die nach einer ergebnisoffenen Diskussion dem Parlament Vorschläge unterbreiten. Diese Vorschläge müssten vom Parlament beraten werden.

Eine weitere Idee ist die qualifizierte Zufallsauswahl. So könnten die für den Bundesrat Kandidierenden innerhalb der Parteien ausgeschrieben werden. Innerparteilich müsste eine Vorauswahl nach Eignung getroffen werden, dann würde das Los entscheiden. In einem Experiment haben wir gezeigt, dass sich bei einer solchen Ausschreibung im Vergleich zu den herkömmlichen Verfahren mehr leistungsfähige Personen aus bisher wenig vertretenen Gruppen bewerben. Katja Rost und Malte Doehne von der Universität Zürich legten dar, dass auf diese Weise in Basel im 18. Jahrhundert der Einfluss des berüchtigten *Daigs* beträchtlich reduziert wurde. Mehr als dreimal so viele – vorher chancenlose – Aussenseiter wurden gewählt, welche die Interessen der kleinen Leute besser berücksichtigten. Mit Hilfe solcher Verfahren würden die falschen Freunde des Losverfahrens rasch in den Senkel gestellt werden. Es würde deutlich: Die «Letzte Generation» will keinen «demokratischen Umbau der Gesellschaft», sondern einen autoritären Staat.

**Margit Osterloh und Bruno S. Frey sind emeritierte Ökonomieprofessoren sowie Forschungsdirektoren bei Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts), Zürich.**

**xxx**

## **Wohin auswandern?**

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.

Normalerweise bricht eine Wohlstandsgesellschaft durch Krieg zusammen. Es gibt aber auch andere Fälle, in denen die Gesellschaft degeneriert, statt produktiv zu arbeiten nur noch Spaß und Lust am Leben haben will, statt natürlicher Ordnungen mehr Gendervielfalt und sexuelle Ausschweifungen sucht und/oder von Invasoren mit fremder Kultur, fremdem Recht und anderen Ordnungsbegriffen überrollt wird, wie in Indien<sup>1</sup>, Rom, Südafrika oder jetzt Europa.

Wo Eliten selbst zum „Great Reset“ (Davos-Clique), zu „Ökologie statt Ökonomie“ (Grüne) oder zur Zerstörung der bisher erfolgreichen gesellschaftlichen Ordnung aufrufen (Feminismus, Genderismus, Transfer- statt Arbeitseinkommen<sup>2</sup>), sind die alten Werte und Kulturen am Ende.

In der Bundestagswahl 2021 hat die Mehrheit der Bevölkerung ideologische und infantile Politiker in die Regierung gewählt, welche programmgemäß den wirtschaftlichen Absturz Deutschlands selbst herbeigeführt und mit Freuden durchgesetzt haben, nämlich

- Kündigung der billigen russischen Energie für dreimal so teure amerikanische, so dass unsere Wirtschaft international nicht mehr konkurrenzfähig ist und unsere Bevölkerung durch die Energiekosten verarmt,
- wir zweitgrößter Zahler und Waffenlieferant für den amerikanisch-russischen Ukraine-Krieg sind, der Deutschland am meisten ein Europa schadet.
- Die Öffnung der Grenzen für alle Migranten und Verbot von deren Rückführung, was schon jetzt in den Städten zu Migrantenmehrheiten, Kulturveränderungen (Islam), Bildungsabsturz und Kriminalitätsanstieg führt und mehr als 40 Mrd. Euro jährlich kostet,
- Freiheitsverlust für die Bevölkerung durch wachsende Staatspropaganda, Bildungsmanipulierung, Meinungskontrollen und Ökoderigismus

---

<sup>1</sup> Was zum Kastenwesen geführt hat

<sup>2</sup> Zwei Drittel unserer Bevölkerung leben als Transfereinkommensbezieher auf Kosten des Mittelstandes. 6 Millionen Bürgergeldbezieher und Immigranten, welche ohne Eigenarbeit von der Leistung anderer Leben und diese parasitäre Gruppe wächst, seit das „Bürgergeld“ einen Rechtsanspruch auf Rundumversorgung ohne Eigenarbeit geschaffen hat.

- bis zur Entreichung der Bevölkerung durch Inflation, Abgabenerhöhungen, Auflagenbelastungen des privaten (Wohn)Eigentums und unserer Betriebe.

Einer Regierung, die amerikanischen Befehlen gehorcht (North Stream 2, Panzerlieferungen u.a.), der das Schicksal der eigenen Wähler aber egal ist (Baerbock), führt Deutschland in den wirtschaftlichen Absturz. Wie in allen sozialistischen Ländern betrifft dies vor allem diejenigen, die etwas haben, etwas können und mehr leisten, also „Besserverdienende“ sind, den Mittelstand.

Die Eigentümer und „Mehrleistenden“ sind die größten Verlierer unseres politischen Umsturzes. Sie müssen sich nicht nur darauf einrichten, dass immer mehr einwandernde Habenichtse von ihnen leben wollen und dürfen, sondern dass auch der Staat ihnen das Leben in Deutschland aus eigener Kraft oder aus eigenem Vermögen immer schwerer macht, sie vorsätzlich entreichert. Nie hat es in Deutschland eine so große (ein Drittel BSP) Umverteilung gegeben, und sie wächst zurzeit jährlich um Millionen zuwandernde Sozialanspruchsteller an.

Die wirtschaftlichen Aussichten für Unternehmer, Spezialisten und Vermögensinhaber werden dadurch in Deutschland dramatisch schlechter.

Selbst wenn die durch unsere Überschuldung irgendwann zwangsläufige Währungsreform und Rezession durch weitere Schuldenorgien noch herausgezögert werden kann, macht die oben genannte wirtschaftsschädliche Politik der rot-grünen Regierung das Überleben der Erfolgreichen in Deutschland immer schwerer.

Kein Wunder, wenn deshalb bei Anfragen und Gesprächen von Selbständigen im Mittelstandsinstitut Niedersachsen immer stärker die Fragen im Vordergrund stehen, wie man sein Vermögen vor Regierung und Crash retten könne, wohin man sich auch selbst vor der Verarmung retten könne.

Die US-Regierung Biden hat gerade die Weichen zum Anlocken von Unternehmen aus der Welt in die USA gestellt: ein Viertel der Energiepreise Europas, hohe Subventionen in den USA sowie Steuerbefreiungen, bürokratische Sonderbehandlung von Ansiedlungen und Kapitalimporten u.a. Andere Länder werben als Steueroasen mit totaler Steuerfreiheit und Mindestbürokratie. Auch reiche Privatleute werden vom Ausland mit billigen Lebenshaltungskosten, Wohnungen und Sonne angelockt.

Für Kapitalgesellschaften ist die Verlagerung von Produktionsstätten oder auch des Firmensitzes unproblematisch, weil im Ausland ebenfalls eine Kapitalgesellschaft gegründet werden kann, die dann kapitalmäßig mit der Heimatgesellschaft verbunden wird oder sie ersetzt. Kapitalgesellschaften sind also nicht nur besonders verlagerungsgerecht, sondern sie sind auch flüchtig, wandern stets zu den günstigsten Bedingungen und bleiben selbst dann nicht heimatreu, wenn sie bisher üppig mit öffentlichen Subventionen gefüttert worden sind.

Bei den Personalunternehmen ist es anders. Sie funktionieren nur durch die dominante Person des Inhabers<sup>3</sup>, sind nur durch die Person des Inhabers geprägt und von ihr erfolgsabhängig. Ein Personalunternehmen kann deshalb nur dort existieren, wo seine Kernkompetenz – die Inhaberpersion – lebt. Personalunternehmen können nur auswandern, wenn der Unternehmer mit auswandert. Alle Versuche, ein Personalunternehmen auswandern zu lassen, ohne dass der Unternehmer persönlich mitgeht, sind – soweit ersichtlich – gescheitert bzw. musste das Unternehmen in eine Kapitalgesellschaft mit Fremdmanagement umgewandelt werden, um so eine neue Führung zu bekommen. Per saldo: Personalunternehmen sind nur da erfolgreich, wo ihr Unternehmer lebt. Sie sind prinzipiell heimatreu und auswanderungsungeeignet.

---

<sup>3</sup> Vgl. Hamer, E. „Was ist ein Unternehmer?“, Hannover 2001

Für eine Auswanderung kommen überhaupt wegen der Kosten nur die mittleren und größeren Personalunternehmen in Frage, weil nur sie auf einen ausländischen Markt umgestellt werden können. Die Masse unserer 80 % Klein- und Mittelbetriebe – etwa die Handwerksbetriebe, Freiberufler, kleine Dienstleistungsbetriebe – haben nur ihren lokalen Markt und müssen deshalb zwangsweise heimatreu bleiben. Wenn ein Unternehmer also auswandern will, wird er vor allem selbst mit seinem Vermögen auswandern müssen. Ob er im Ausland noch einmal neu aufbauen kann und wieder erfolgreich wäre, ist nicht sicher.

Die Auswanderung von nur Privatpersonen ist dagegen in den westlich orientierten Ländern meist unproblematisch, sie müssen aber wissen, dass man im Ausland immer Ausländer, Zuwanderer bleibt, mit gesellschaftlichen und rechtlichen Diskriminierungen, welche die klimatischen und Steuervorteile überwiegen können.

Und sein Vermögen kann man ins Ausland nur teilweise mitnehmen. Der Staat hat durch die Wegzugbesteuerung dafür gesorgt, dass er seinen Löwenanteil am Vermögen der Auswanderer behält.

Auswandern ist deshalb zwar für die Oberschicht, nicht aber für den Mittelstand und noch weniger für die Unterschicht ratsam. Wer auswandert, hat mehr Risiko, mehr Anforderungen, muss mehr leisten, um sich durchzusetzen und hat meist weniger soziale Sicherheit als in Deutschland.

Wir werden also politisch darum kämpfen müssen, unsere Lebensbedingungen hier in Deutschland selbst wieder zu verbessern, unsere Selbstbestimmung gegen die Staatszwänge wieder zurückzugewinnen und uns die Staatsgängelung politisch wieder zu verbitten. Das könnte mit Protesten gegen die Zwangsgebühren für die Staatspropaganda der öffentlichen Medien beginnen, sich mit allseitigem Verlangen nach Endbürokratisierung, Entlastung von öffentlichen Abgaben und Deregulierung fortsetzen und müsste zu einer Welle des politischen Wechsels von der Bevormundung ideologischer Schwätzer wieder zu ehrlicher Arbeit, Leistung und persönlicher Selbstbestimmung führen.

Die Berliner Wahl hat jedoch gezeigt, dass die Bevölkerungsmehrheit dazu noch nicht bereit ist. Die FDP hat mit Entbürokratisierung geworben und verloren, die AfD mit dem Kampf gegen Staatspropaganda ebenfalls nicht gewonnen. Die alten korrupten Funktionärseliten halten eben doch zusammen.

Wir brauchen also wohl erst den vollständigen Absturz in Not und Elend, damit bei uns politische Mehrheiten Änderungen erzwingen. Die Demokratie ist eben ein labiles, missbrauchs- und korruptionsanfälliges System proletarischer Mehrheiten, in dem Selbstbestimmung und persönliche Freiheit nur dann garantiert sind, wenn es einer Mehrheit der Bürger schlecht genug geht, so dass sie um eine politische Korrektur aus Eigeninteresse kämpft.

Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.  
Prof. Dr. Eberhard Hamer